Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7349.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die Neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 200. Sonnabend, den 28. August 1897. 8. Jahrgang.

Mittelstand und Proletariat.

Unermüdlich sind unsere bürgerlichen Volkswirthschaftler aller Schattirungen in dem Bestreben, den Nachweis zu führen, daß der Mittelstand nicht schwindet, das selbstständige Handwerkerthum nicht zu Grunde geht und die Verelendung der Massen eine Marx'sche „Irrlehre“ ist. Die Einkommensteuerstatistiken von Preußen und andern deutschen Ländern werden zum Beweise für die Richtigkeit dieser Behauptungen herangezogen. Aber wenn der Mittelstand nicht ab-, sondern zunimmt, warum dies ängstliche Suchen nach Beweisen? Wenn er den Kampf gegen das Großcapital siegreich besteht, warum ihn durch besondere gesetzgeberische Maßnahmen, wie die Handwerkernolle, das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb schützen? Warum der Krieg gegen die Consumvereine? Warum das Geschrei nach dem Befähigungsnachweis? Das [illegible] gerade darauf schließen, daß der Mittelstand auf so sicheren Füßen steht, wie behauptet wird. Jeder klaren Einsicht in die socialen Verhältnisse bar, schreit der kleinbürgerliche Mittelstand, wie die Agrarier, über seine Nothlage und verlangt vom Staat alle mögliche Hilfe, um ihn vor seinem in den wirthschaftlichen Umständen nothwendig bedingten Untergang zu retten. Und er findet am Regierungstische keine tauben Ohren; freilich nur soweit, wie es dem capitalistischen Klassenstaat überhaupt möglich ist, ohne seinen Charakter zu verleugnen. Mit kleinen Mitteln sucht man die versinkenden Mittelschichten über Wasser zu halten, wohl wissend, daß gegen die nivellirende Tendenz der capitalistischen Productionsweise kein Kraut gewachsen ist. Aber man sieht in dem Kleinbürgerthum als Anhängsel der Bourgeoisie nicht minder einen Schutzwall gegen die Socialdemokratie als in dem „anticollectivistischen“ Bauernschädel*), lehrt doch die Erfahrung, daß die proletarisirten Kleinbürger in das socialistische Lager abschwenken. Aber alle gesetzgeberischen Maßnahmen vermögen den Untergang des Mittelstandes nicht hintanzuhalten.

In Preußen hat nun die Zahl derjenigen, die ein Einkommen von 900 bis 3000 Mark versteuern, von 1892/93 auf 1896/97 um 0,32 Procent zugenommen; und wie der Ertrinkende nach einem Strohhalm greift, so gehen die Statistiker der „besten aller Welten“ mit dieser, ach! wie wenig tröstlichen Zahl in der gesammten Ordnungspresse hausiren. Sogar in wissenschaftlichen Zeitschriften werden dergleichen Zahlen zur Widerlegung unserer Ansichten aufgeführt. So knüpften die „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“ an die Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik Hamburgs die Bemerkung, daß die Zunahme der mittleren Einkommen die Marx'sche Theorie von der Verelendung der Massen als falsch erwiesen habe.

Gemach, ihr Herren! Das wichtigste sociale Merkmal des Mittelstandes ist seine wirthschaftliche Selbstständigkeit; dann erst kommt die Höhe des Einkommens in Betracht. Die Zahl der Selbstständigen ist aber nach der Berufszählung zurückgegangen. Im Jahre 1882 kamen auf je 1000: Selbstständige 344, 1895 nur 249. Und die Zahl der selbstständigen Handwerker ist nach den Untersuchungen des Vereins für Socialpolitik seit 1882 absolut um 7,5 Procent, im Verhältniß zur gestiegenen Bevölkerung um 19,2 Procent gesunken. Uebrigens zeigt sich die Zunahme der mittleren Einkommen vorzugsweise in den Städten, dann in den stark mit Industrie durchsetzten Landgebieten. In ersteren bildet aber den wichtigsten Ausgabeposten die Wohnungsmiethe, welche ständig im Steigen begriffen ist und dahin führt, daß einem im Nennwerth gestiegenen Einkommen ein höherer Gebrauchswerth nicht beizumessen ist. In Hamburg z. B. betrug bei der niedrigsten Einkommenklasse der Procentsatz der Miethe 1868: 18,77 Procent des Einkommens und stieg 1891 auf 24,74 Procent. In der höchsten Einkommenklasse dagegen ging der Procentsatz von 3,72 auf 3,05 zurück.

Trotz aller statistischen Schönfärberei geht der Mittelstand seinem Ruin unrettbar entgegen. In seiner Klassenbeschränktheit sieht er aber nicht in der wirthschaftlichen Entwickelung, die auf eine Umgestaltung unserer gesammten Productionsweise hindrängt, die Ursachen seines Niederganges, sondern — man lache nicht! — in den gesteigerten Zumuthungen, welche die sociale Gesetzgebung an die Arbeitgeber stelle. Diesen Gedanken spricht der Bericht der Bremischen Gewerbekammer — Mai 1896 — aus und fügt hinzu, es müsse in den Bestrebungen zur Besserung der Lage der arbeitenden Volksklasse ein ruhigeres Tempo eintreten; hingegen müßten die berechtigten Interessen der Arbeitgeber mehr Berücksichtigung erfahren. Auch die beste Sache könne übertrieben werden und es sei an der Zeit zu prüfen, wo die „wirthschaftlich Schwachen“ in der That zu suchen seien. Die Erhaltung eines tüchtigen, leistungsfähigen Handwerkerstandes sei aus socialen Rücksichten eine Nothwendigkeit.

Bedingt die capitalistische Productionsweise auf der einen Seite den Untergang der Mittelschichten, so auf der anderen die Verelendung großer Massen des Proletariats. Nach der im Jahre 1895 aufgenommenen Zählung der Arbeitslosen waren am 14. Juni 197,004 und am 2. December 553,640 Menschen in Deutschland beschäftigungslos, im Durchschnitt also 375,322. Nimmt man diese letztere Zahl als mittlere Jahresarbeitslosigkeit an und berechnet den Ausfall an Lohn nur auf 2 Mark pro Kopf, so ergiebt sich eine Summe von 267 Millionen Mark, die das arbeitswillige Proletariat unter der Herrschaft des Capitalismus jährlich einbüßt. Und dabei bleibt zu berücksichtigen, daß die Zählung in einem Jahre wirthschaftlichen Aufschwungs vorgenommen wurde, zu anderen Zeiten die Zahl der Beschäftigungslosen bedeutend größer ist. Welches grenzenlose Elend hat ein solch' enormer Ausfall an Einnahme für die arbeitende Klasse nothwendig im Gefolge. Nur wer das werkthätige Volk in seinen Behausungen aufgesucht hat — ob in den Höhlen der Großstadt oder in den baufälligen Hütten auf dem Lande — nur der weiß, was für Leiden es heute zu ertragen hat, ohne jede Hoffnung, sich aus seiner verzweiflungsvollen Lage zu befreien. Und auf der anderen Seite ein colossales Wachsthum des Reichthums. Der aus den Arbeitern herausgeschlagene Mehrwerth beträgt in Deutschland nach Prof. Herkner's Schätzung etwa 2 Milliarden jährlich. Und um die ungeheuren Reichthümer aufzuhäufen, muß das Volk von früh bis spät im Schweiße seines Angesichts meist für Hungerlöhne schanzen und froh sein, wenn es nicht gänzlich arbeitslos ist.

*) Ein Ausdruck, den Dr. A Schäffle in einer Schrift gegen den Socialismus gebraucht. Schäffle vertritt die Ansicht, der Bauer sei ein solcher Eigenthumsfanatiker, und hänge so am Alten, daß die socialistischen Bestrebungen auf Vergesellschaftlichung der capitalistischen Productionsmittel bei ihm niemals Anklang finden würden. Anmerk. d. Red.

Politische Rundschau.

— Wahlrecht und Wahlpflicht. Für den Wahlzwang treten die Conservativen ein. Sie, die am liebsten dem Volk das Wahlrecht auf der Stelle entzogen hätten, wollen die Wahlpflicht einführen. Die „Conf. Corr.“ schreibt:

„Wir wüßten nicht, was gegen dieses Verlangen eingewendet werden könnte. Unter den heutigen Verhältnissen ist die Wahlpflicht eine der ernstesten Pflichten für den deutschen Staatsbürger. Wird dieselbe von einem großen Theile der Wahlberechtigten nicht erfüllt, so muß im Interesse der Staatserhaltung darauf gedrungen werden, daß ein Zwang gegen die Säumigen ausgeübt werde. Solchen Zwang üben heute schon die radicalen Parteien auf ihre Angehörigen in hohem Maße aus, und dadurch wird vielfach das Wahlresultat verschoben. Richtig also wäre es, wenn die säumigen Wähler statt von den Agitatoren, von Staatswegen zur Erfüllung ihrer Pflicht angehalten würden.“

Der staatliche Zwang, den die Conservativen fordern, den brauchen sie also eigentlich nur für ihre eigenen Wähler, bemerkt dazu unser Dresdener Bruderblatt. Denn daß die „radicalen Parteien“ es verstehen, auf ihre Wähler den nöthigen „Zwang“ auszuüben, d. h. sie zu überzeugen, daß es ihre Pflicht ist, ihre Stimme abzugeben, das giebt die „Conf. Corr.“ nicht nur zu, sondern das bildet die Grundlage ihres Vorschlages. Welches Armuthszeugniß stellen die Conservativen dadurch sich selbst aus! Warum folgen denn die Wähler nicht ihrem Rufe? Uns, der Socialdemokratie, sucht man die Wahlagitation in aller erdenklichen Weise zu erschweren, man verbietet unsere Versammlungen, man confiscirt unsere Flugblätter, man treibt uns die Locale ab, und dennoch kommen die Massen zusammen, um für uns zu stimmen, selbst auf die Gefahr hin, gemaßregelt zu werden. Warum? Weil sie in uns die Vertreter ihrer Interessen erkennen, weil sie sehen, daß es für uns nicht darum zu thun ist, ein Mandat zu erhaschen, sondern darum, eine Macht zu bilden, welche den Willen des Volkes zur Geltung bringt und die herrschende Ausbeutung und Unterdrückung beseitigt. Die Conservativen haben ihre Wähler weit mehr in ihrer Gewalt, als irgendwelche Partei. In ihren ländlichen Wahlkreisen ist die Bevölkerung von ihnen wirthschaftlich abhängig. Sie üben auch den größten Einfluß in der Landesverwaltung aus, die tausend Möglichkeiten hat, auf die Wähler einen Druck auszuüben. Die Behörden sind ihnen bei der Agitation noch nie in den Weg getreten. Warum gelingt es ihnen aber nicht, ihre Wähler zusammenzubringen? Weil diese Wähler sehr gut wissen, daß es sich für die Conservativen nicht um die Volksinteressen, sondern nur um ihre eigenen Standes- und Klasseninteressen handelt. Der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, stimmen die meisten conservativen Wähler. Wenn man den Junkern die Möglichkeit genommen hätte, jenen wirthschaftlichen Druck auf die Wähler auszuüben, den sie jetzt ausüben, nicht einmal 50 Procent ihrer Wähler würden sie dann behalten haben. Aber nicht einmal das ge-

Der Brandstifter.

Charakterbild von E. Tomar.

3]

Auf eine Krücke gestützt, mit eingefallener Brust und gebeugtem Rücken, steht Martin Huber in einer der vordersten Reihen, ganz dicht an den vorüberziehenden Maskenwagen. Zwischen den rissigen Lippen dreht er mit Behagen seinen schwarzen Ormontstengel. Ja, der Tag hatte für ihn glücklich begonnen. Nach langer Gefangenschaft im Armenhause wurde ihm heute die Erlaubniß zum Ausgehen gegeben. Warum mußte er denn den ganzen lieben Tag im muffigen Loch hocken? Ging's Jemand was an, wenn ihn mal ein lieber alter Kumpan freihielt? So ein kleines Räuschchen machte einen wirklich etwas helle, nach diesem vermuckerten und siechen Leben. Ein Saufbold, ein Schwein, das Alles beschmutzt, Dielen und Bett — — das waren die täglichen Titulaturen. — — Herrgott! Zuerst werden einem Lunge und Leber herausgepreßt, und dann soll man noch fein säuberlich husten und in die richtige Ecke spucken. Zum Teufel auch, den Staub soll man nicht zurückgeben, der einem während zwanzig Jahren in den Leib hineingepfropft wurde. — — Er war widerspenstig Anfangs, das ist wahr. Aber die Verzweiflung machte ihn rasend. Ihm, Martin Huber, der zwanzig Jahre für den Magistrat und die wohllöblichen Honoratioren durch die schmutzigsten Lehmlöcher gekrochen, der der Gemeinde um keinen Batzen zur Last gefallen, ihm wurde jetzt, nachdem seine Glieder zermalmt und im Wasser mürbe gemacht worden waren, der faule Bissen wie einem kranken Hunde zugeworfen — — Ja, wie einem kranken Hunde; lästig und unnütz. Wann wird die Bestie krepiren, dieser überflüssige Brotfresser? — — Das war in allen Gesichtern zu lesen. Das empörte ihn! Er fühlte sich in seinem Rechte, es war ihre Schuldigkeit, sie hatten ihm überhaupt nichts zu befehlen. Er aß von der Rente, die er sich mit seinem eigenen Fleisch angelegt hatte. — — O, diese verfluchten Jesuiten! An Weihnachten, da strahlten ihre Gesichter in christlicher Milde, und mit gerührten Thränenfratzen zeigten sie den Besuchern die Schafsheerde, die verlottert und verkommen um den Christbaum herumhumpelte. — — Gott segne das Werk der Liebe gegen die Schwachen und Hilflosen, sagte der Pfarrer. — Ja, das Werk der Liebe! Wassersuppen, faules Strohbett! Gehörten vielleicht die gelegentlichen Fußtritte dazu? Na, er hatte ihnen die Wahrheit gesagt, an der letzten Christbaumbescheerung; verdutzt waren sie wie gefangene Wölfe! Aber der Pfarrer, der verstand es aus dem ff. Ihr seht, meine Theuren, wie unserem opferungsvollen Werke selbst aus den Reihen derer, die unserer Obhut anvertraut sind, Schmerz und schwere Bekümmerniß bereitet wird. Lassen wir's uns aber nicht anfechten und beten wir für sie, die im Kampfe des Lebens das Gefühl der Dankbarkeit gegen Gott und Menschen verloren haben. — — Seit dann war ihm auch die Kirche zum Ekel. Mochten sie über ihn schimpfen, wie sie wollten, er ging nicht mehr zum Gottesdienst. — — Freilich wurden die Suppen noch wässeriger, das Brot härter und die verstohlenen Fußtritte etwas häufiger und unverschämter; das konnte ihm aber nichts anhaben. — — Die Krankheit fesselte seine Glieder: mochten sie ein hilfloses Thier noch weiter quälen; er war stumm und ertrug Alles mit Gleichmuth. Dafür fand er mitunter draußen einen guten Menschen und einen tröstenden Freund. — — Zwanzig gaben zwar nichts; aber von diesem oder jenem erhielt er etwas, und dafür konnte man sich einen Schluck gönnen. Da zerging es über Einem wie eine harte Eisdecke. Man fühlte wieder etwas Muth in den vertrockneten Gliedern und konnte das Hundeloch vergessen. In der Schenke kam noch etwas vom alten Huber zum Vorschein, dann konnten sie schon dem jetzigen die Knochen mürbe machen. Es war gleichsam ein Asyl, das er sich errichtet hatte. Ja, das war wirklich ein wahres Glück; Gott hatte ihn noch nicht verlassen. Als er aus dem Zuchthause kam, da schickte er ihm das Asyl der Arbeit; — jetzt, mit gebrochenen Kräften, hatte er ein zweites gefunden. — — Aber sie rissen ihn auch von da heraus, die Elenden! Saufbold, betrunkenes Schwein! so begrüßten sie ihn. Die Polizei lauerte ihm auf; wegen unbefugten Bettelns. — — Da mußte er wieder in's Loch. Das war aber doch das reinste Paradies gegen das Armenhaus. Doch es dauerte nicht lange. Und nun war es ihm während ganzer drei Monate untersagt, die Anstalt zu verlassen. Himmel! Das war zum Verrücktwerden! Alle verschworen sich gegen ihn; wie ein räudiges Vieh wurde er behandelt. Es hieß nur noch: verreckter Hund! Lieber hätten sie ihn doch erwürgt und im dunkelsten Loche verscharrt. Aber er ließ sich nichts merken. Wollten sie ihn bemüthigen und erwürgen, er zeigte ihnen, daß er auf Alles pfiff. Er pfiff auf ihre Suppe, auf das stinkende Strohlager, auf ihre Schimpfworte, auf ihre Schläge. — — Sie aber nahmen's als eine Besserung an; mochten sie es! Er war zerfleischt und zerbrochen, ein modernder Knochenhaufe; mochten die Hunde ihn benagen und besudeln. Er hatte selbst Achtung und Mitleid für sich verloren. Das Thier fraß, was man ihm zuwarf, und es fühlte sogar mitunter die Lust, gerührt die Hand zu belecken, die ihm die Bissen gab. — — Ja, ja — — Martin Huber konnte sich jetzt ganz famos mit dem alten Fröhlich vertragen, der bei öffentlichen Festen zur Ehre der Anstalt die heißesten Dankesthränen weinte. — — Nur mitunter! Herrgott! Das stieß Einem auf, wie unüberwindlicher Ekel. Dann wollte er sich erhängen oder ersäufen, ehe die gräßliche Gleichgiltigkeit wieder kam. Das war aber Alles Dummheit — — Man mußte seine Jahre ausleben, wenn schon Einem die Würmer zum Leibe hinauskrochen. — — Gerade so dachte er heute, als die Musikbanden auf der Straße zu lärmen anfingen. — — Ja, es war Sechseläuten. Die Sonne schien so hell drüben in den Bäumen, und die Luft wehte Einem jedes Stäubchen fort, so leis und weich kam sie durch's Fenster gezogen.

(Fortsetzung folgt.)

nügt mehr den Conservativen, und darum fordern sie, daß die Polizei ihnen die Wählermassen zutreibt!

Will man eine stärkere Betheiligung der Volksmassen bei den Wahlen erzielen, und wir sind die ersten, die dafür eintreten — so bedarf es dazu der Strafvorschriften nicht. Die Lösung ist einfach: man suche das politische Interesse der Massen wachzurufen. Zu diesem Zwecke aber ist vor Allem nothwendig, daß alle Beschränkungen der Versammlungs- und Vereinsfreiheit und der Presse beseitigt werden. Ein reges, öffentliches, politisches Leben bringt auch eine rege Wahlbetheiligung mit sich. Man schaffe nur die Hindernisse der politischen Thätigkeit aus dem Wege, und für das andere übernehmen wir die Sorge. Wir brauchen keine Gendarmen. Ohne Polizei, durch die bloße Macht der Ueberzeugung werden wir das Volk in den größten Zahlen zu den Wahlen führen. Das wäre aber freilich nicht nach dem Geschmack der Conservativen, die sich plötzlich als Demokraten aufspielen. Man will das Versammlungs- und Vereinsrecht kürzen, die Preßfreiheit unterdrücken und zugleich die Wahlpflicht einführen. Denn man braucht Männer, die aus freier Ueberzeugung wählen — man braucht conservatives Stimmvieh!

Und doch würden die Herren, selbst wenn es gelingen sollte, ihr Project auszuführen, auf ihre Rechnung nicht kommen, wenigstens auf die Dauer nicht. Viele giebt es unter den Nichtwählern, die sich nur deshalb der Wahl enthalten, weil sie ängstlich sind, gegen ihren „Herrn" zu wählen — treibt man sie mit Gewalt zur Wahlurne, wer weiß, was dann der Wahlzettel bergen wird! Noch mehr giebt es solche, die einfach lässig sind und träge, die aber, wenn sie einmal wissen, daß sie verpflichtet sind, den Gang zu thun, sich die Sache doch hin und wieder überlegen, erst recht eine Versammlung besuchen oder eine Zeitung lesen — und conservative Versammlungen, conservative Zeitungen werden es meistentheils doch wohl nicht sein! Mögen die Conservativen sich drehen und wenden, wie sie wollen, für sie wäre es doch besser, wenn das allgemeine, gleiche Wahlrecht beseitigt wäre. Aber freilich, wenn sie es versuchen, verbrennen sie sich daran die Finger! Ihre Stunde hat geschlagen, die Geschichte läßt sich nicht zurückhalten!

— Ländliche Zustände. Die Schilderungen Göhre's über die scandalösen Wohnungsverhältnisse der Arbeiter auf einer Oderbruch-Domäne werden von überall her bestätigt. Ueberall, wo der Großbesitz seine Krallen in das ländliche Leben geschlagen hat, herrschen die gleichen schändlichen Zustände. So schreibt ein Kenner folgenden weiteren Beitrag:

„Die ländlichen Verhältnisse der Provinz Sachsen sind uns aus persönlicher Anschauung nicht bekannt; um so genauer kennen wir große Distrikte des Nordens und Ostens, gerade derjenigen Provinzen, in denen das Fideicommißwesen zur höchsten Blüthe gediehen. Dort dürfte Göhre ruhig von Rittergut zu Rittergut ziehen, und er würde überall dieselben traurigen, der Menschlichkeit hohnsprechenden Zustände finden, wie er sie auf seiner Oderbruchdomäne angetroffen hat. Wenn der eine oder andere Besitzer in der Neuzeit, getrieben von der Noth des Arbeitermangels, für besser ausgestattete „Katen", d. h. Arbeiterhäuser, gesorgt hat, so genügt das immer noch nicht, um das allgemeine Verdammungsurtheil um ein Nennenswerthes einzuschränken. In den Herrschaftshäusern und Schlössern, ja in vielen Pferde- und Schweineställen sieht's dagegen anders aus. Wie viele Pferdeknechte giebt's im Osten, die von ihren Mitarbeitern beneidet werden um den Vorzug, daß sie ihr Lager sich neben den Gäulen oder in der Geschirrkammer neben dem Stall bereiten können. Dort ist es hoch und luftig und warm; in den Gelassen der Tagelöhner und „Polacken" sieht's so oder so ähnlich aus wie Göhre geschildert hat."

Und dieselben Leute, die diese Verhältnisse verschulden und dulden, beherrschen unsere Gesetzgebung, unsere Politik, unser öffentliches Leben!

— Dem Pastor Göhre wird von dem Vorsitzenden des evangelisch-socialen Congresses, Oeconomierath Nobbe, in den „Preuß. Jahrbüchern" die Gemeinschaft aufgekündigt aus Anlaß seines Artikels über die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter auf einer Oderbruch-Domäne. Der Schluß des Göhre'schen Artikels, es gebe nur eine Erlösung für das arme Volk, das sei die wirthschaftliche und politische Vernichtung ihrer Herren, reiße nach Form und Inhalt eine der wesentlichen Schranken nieder, die ihn bisher von den Socialdemokraten getrennt haben. — Recht hat Göhre aber deshalb doch!

— Die kommenden Reichstagswahlen. Im „Deutschen Wochenblatte" richtet Abgeordneter Arendt eine Absage in Bezug auf Wahlunterstützung von freiconservativer Seite an alle diejenigen Nationalliberalen, die im Reichstage für den russischen Handelsvertrag gestimmt haben. Bekanntlich aber hat der größere Theil der Nationalliberalen für den Handelsvertrag gestimmt.

— Die Centrumspartei hat nach der „Köln. Volkszeitung" im Rheinland die Vorbereitungen für die nächstjährigen Neuwahlen nunmehr in die Hand genommen. Auch in Westfalen wurde vor Kurzem mit den Einleitungen begonnen. Das rheinische Blatt fragt aber mahnend und ängstlich: „Schläft die Centrumspartei in Schlesien?" Hier sind die agrarischen Strömungen im Centrum mächtig, ähnlich wie im Rheinlande, hier spielt die polnische Bewegung eine Rolle.

Hannover, 16. Juni. („Nat.-Ztg.") Aus Göttingen wird wieder von einer Haussuchung berichtet, die bei dem [illegible] Michel stattfand. Als Grund dieser [illegible] Maßregel gab der [illegible] Beamte an, daß Michel der Theilnahme an politischen Verbindungen verdächtig sei, weil einer seiner Universitätsfreunde, welcher in Berlin wegen Verdachts der Theilnahme an einem kommunistischen Vereine verhaftet sei, ihn vor einigen Wochen in Göttingen besucht habe.

Für diejenigen unserer Parteigenossen, die über den Ausgang des Verfahrens gegen Genossen Michel beunruhigt sein sollten, sei mitgetheilt, daß vorstehende Notiz nicht dem Jahrgange 1897, sondern 1851 der „National-Zeitung" entnommen ist, und daß der [illegible] Michel [illegible], und die [illegible] Polizei-Akten [illegible] bis zum [illegible] des preußischen Staatsministeriums und [illegible] gebracht hat.

— Das Gnadengesuch des früheren antisemitischen Reichstags-Abgeordneten Leuß, der im Zuchthause zu Celle die gegen ihn wegen Meineids verhängte Strafe abbüßt, ist abschlägig beschieden worden, trotzdem es von allen in Frage kommenden Personen befürwortet war. —

— Der Hochwassernothstand und der Polizeistaat Sachsen. Die sächsische Regierung macht nicht die geringsten Anstalten, den Landtag einzuberufen, um ausreichende Hilfe zu schaffen; auch jetzt noch nicht, nachdem die socialdemokratische Fraction, die Vertretung eines sehr großen Theiles des sächsischen Volkes, dies gefordert. Wohl reist der Minister des Innern jetzt, nachdem er in Ruhe seine Ferien beendet, in den Hochwassergebieten herum, aber was wird dabei herauskommen? Die bis jetzt gewordene Hilfe ist von lächerlicher Unzulänglichkeit. Können wir doch Arbeiterfamilien namhaft machen, die in den ärmsten Verhältnissen leben, denen durch das Hochwasser ihre geringe Habe fast vollständig zu Grunde gerichtet wurde und die bis heute noch keinen Heller Unterstützung erhalten haben. Freilich in einem Falle betrug der Schadenanspruch nur 100 Mark. Aber die Leute lebten eben in einem solchem Elend, daß ihr ganzes Eigenthum nicht mehr Werth hatte. Wo bleibt also die versprochene Hilfe? Statt dessen confiscirt man lustig weiter die Sammellisten, durch welche sich die Arbeiter ihrer nothleidenden Brüder annehmen wollen. In Chemnitz hat das Sebnitzer Beispiel Nachahmung gefunden; auch dort hat man Sammellisten für die Ueberschwemmten confiscirt, weil die polizeiliche Erlaubniß zum Sammeln fehlte. In Sebnitz ist nun auch auf die Confiscation der Liste die Bestrafung erfolgt. Ein Strafbefehl vom 14. August legt dem mildthätigen Sammler 10 Mark Geldstrafe auf. Und damit nicht etwa solche Zweifel entstehen können, wie sie das „Berliner Tageblatt" hegte: die Behörde sei in dem Glauben gewesen, es handle sich um eine socialdemokratische Parteisammlung, steht auf dem Strafbefehl: „Wegen Sammelns für die vom Hochwasser geschädigten Arbeiter!" Selbst die auf der confiscirten Liste gesammelten 3,60 Mark hat die Polizei eingefordert. Da sie der hineingefallene Genosse schon an die Unterstützungsstelle abgeliefert hatte, blieb der Frau nichts Anderes übrig, als sie von ihrem Wirthschaftsgelde herauszugeben. So, jetzt wird wohl jeder Zweifel beseitigt sein über die Absichten der sächsischen Polizei und wir können das Urtheil ruhig der öffentlichen Meinung überlassen.

— Eine seltsame Strafthat hat ein Genosse in Halle begangen. Er hat sein Brotpapier, eine Nummer des „Halle'schen Volksblattes", auf eine Hecke geworfen. Dafür wird er unter Anklage gestellt wegen Anheftens von Druckschriften ohne polizeiliche Erlaubniß. Darnach zu urtheilen, scheint die Halle'sche Polizei der sächsischen ihren alten Ruhm streitig machen zu wollen.

Oesterreich-Ungarn.

Der politische Lenker der Geschicke Oesterreichs, der er wenigstens zu sein glaubt, ist einmal wieder am Ende seines Lateins. Die Ablehnung der Theilnahme an der Ausgleichsconferenz seitens der Deutsch-Bürgerlichen, die Graf Badeni übrigens bei einiger Ueberlegung voraussehen konnte, hat die Conferenz zum Scheitern gebracht. Graf Badeni hat deshalb die Abhaltung der Ausgleichs-Conferenz abgesagt und er steht mit seiner „Regierungskunst" auf demselben Flecke wie vorher. Unser Wiener Parteiblatt bemerkte zur Situation, noch bevor die Absage völlig feststand: „Aber eine Ausgleichsconferenz ist doch keine Vorstellung, die man [illegible] und [illegible] wie ein Concert oder einen Theaterabend. In der Politik stehen die Dinge nicht so, daß man eine Sache thun kann oder sie lassen darf; da muß das Nothwendige geschehen: und ein Plan, der als der [illegible] wurde, kann nicht gleichgiltig [illegible] werden, wie ein verregneter Gartenfest[illegible] abgesagt wird. Graf Badeni hat nur Einen Weg gemacht, um aus der Sackgasse herauszukommen, und der hat sich als ganz ungangbar erwiesen. Wenn jemals, so kann man von dieser Regierung heute sagen: sie ist fertig' und nichts bleibt mehr zu thun, als sie wegzuschicken. Die Ausgleichsconferenz war des Grafen Badeni letzte Karte, auf die er Alles gesetzt hat, und deshalb erscheint das Spiel für ihn jetzt ganz verloren. Wenn Graf Badeni nicht morgen demissionirt, so ist das reine Zeitvergeudung; kein Mensch, der Ministerpräsident mit eingeschlossen, kann sagen, was Graf Badeni noch thun könnte. Er kann Minister bleiben — das ist aber auch Alles. Darüber zu streiten, ob die Deutschen sich mit ihrer Ablehnung „ins Unrecht gesetzt haben", wäre einfach lächerlich. Die Sachen stehen für die Regierung heute nicht so, daß sie die Frage wohl lösen soll, sich aber doch verweigern kann, wenn die Lösung mißlingt. Nein, Graf Badeni muß das Feuer, das er angezündet hat, zum Erlöschen bringen, und wenn er's nicht vermag, muß er gehen. Denn es ist klar, so lange Graf Badeni am Ruder bleibt, ist eine Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen nicht möglich, und je länger der gegenwärtige Zustand währt, desto gefährlicher wird er, und desto tiefer die Kluft zwischen den beiden Nationalitäten. Man möge mit Klarheit gesprochen sein, wenn man dies nicht begreifen und in blinden [illegible] auf eine Verführung der Czechen hinarbeiten wollte. Aber daran ist nicht zu denken, die Regierung des Grafen Badeni möge den Tod finden im Sande, und ihr Fall kann nur eine Frage der Zeit sein."

Nach einem Telegramm der „Frankf. Ztg." aus Wien gilt als feststehend, daß Graf Badeni nicht zurücktritt. Eine Reconstruction des Cabinets dürfte später eintreten. Graf Badeni beabsichtige nur, einen engeren Anschluß an die tschechisch-polnisch-klericale Majorität zu vollziehen und in den nächsten Tagen mit den parlamentarischen Commissionen der letzteren ein gemeinsames Vorgehen bezüglich der parlamentarischen Campagne zu vereinbaren. Ob das freilich was nützen wird, ist sehr fraglich.

Holland.

Amsterdam, 26. August. Die Stichwahl im Kreis Enschede war wieder ein erbittert heftiger Kampf. Von den 8778 Wählern kamen 8109 zur Urne. Die liberalen Wahlvereine hatten alle beschlossen, für unseren Genossen H. van Kol gegen den Ultramontanen zu stimmen. Sie haben ihr Wort gehalten und Genosse van Kol ward gewählt. Er bekam 4333 Stimmen gegen 3876, die auf den Klerikalen fielen.

So hat unsere Partei, trotz der Verluste in Leeuwarden und Winschoten, doch ihren zweiten Vertreter im Parlament bekommen.

Frankreich.

Die Brotfrage scheint in Frankreich ernsten Ereignissen zuzutreiben. Jedenfalls wird der Präsident Faure, wenn er von seiner russischen Freundschaftsreise zurückkehrt, die Lage nicht unbedeutend verändert finden. Die Aufregung über die durch die agrarische Schutzzollpolitik herbeigeführte Brotvertheuerung ist im Wachsen begriffen. Immer heftigere Angriffe werden gegen das Ministerium Meline gerichtet. Zahlreiche Versammlungen zur Besprechung der Sache sind vorgesehen. In Toulon, Troyes, Tarbes, Tuille und anderen Städten ist die Frage durch die Gemeinde- und Generalräthe angeregt, welche Herabsetzung des Getreidezolles befürworten. Aus Marseille wird berichtet, daß in den dortigen Arbeitervierteln große Aufregung herrscht wegen des Beschlusses des Lebensmittelausschusses, den Preis des Bodes von 40 auf 45 Centimen für das Kilogramm zu erhöhen. Unter dem Kaiserreiche nahm einmal in den fünfziger Jahren die Arbeiterbevölkerung wegen Brottheuerung eine drohende Haltung an. Es bildeten sich Zusammenrottungen. Napoleon III. ließ daher schnell die Bäckereikasse gründen, die durch Zuschuß verhinderte, daß der Preis des vierpfündigen Brotes über einen Franken hinausging. Herr Meline sieht thörichterweise in der Steigerung des Getreidepreises den Erfolg seiner auf Schutz des Ackerbaues gerichteten Bestrebungen. Er hat den Ackerbauern so lange „Hebung" der Preise versprochen, daß er jetzt den Schutzzoll festhalten muß, um höchstwahrscheinlich mit ihm zu fallen. Denn von Wahrung der Interessen der großen Masse der Landwirthe kann beim Getreidezoll nicht die Rede sein, wie wir das ja auch bei uns in Deutschland genugsam erfahren haben. Kürzlich wurde nachgewiesen, daß die Hälfte aller Erwerbsthätigen Frankreichs (13 Millionen) der Landwirthschaft obliegen. Hiervon aber erntet nur der kleinere Theil genügend Getreide zum eigenen Bedarf, sowie zum Verkauf. Ueber die Hälfte der ohnedies beldarmen Landbevölkerung muß daher Brot kaufen oder doch hinzukaufen, umsomehr dieses Jahr, wo Frankreich statt 100 bis 110 nur 85 bis 90 Millionen Hektoliter Getreide geerntet hat. Die Einfuhr wird, da sich der Bedarf auf 120 Millionen Hektoliter beläuft, 30 Millionen betragen. Hierzu kommt noch Folgendes: Bekanntlich ist der überseeische Getreidehandel zum großen Theile in den Händen mächtiger Ringe, welche daher den Preis sehr beeinflussen können. In Nordamerika hat der Ring der Eisenbahnkönige den Getreidehandel durch seine großen Speicherlager in der Gewalt. Er versteht es, den Landwirthen das Getreide zu Schleuderpreisen abzujagen, es durch hohe Frachten zu vertheuern, so daß selbst beim größten Ueberfluß die Städte und das Ausland hohe Preise zahlen müssen. Paris ist ganz auf zwei große Müllerei-Gesellschaften angewiesen: Douze-Marques und die Darblay'sche Gesellschaft. Unter dem zweiten Kaiserreiche waren es vier große Mühlwerke, welche das in Paris marktfähig lieferbare Mehl herstellten, welches Vier-Marken hieß. Allmälig haben sich weitere große Mühlwerke angeschlossen, so daß jetzt das lieferbare Mehl Zwölf-Marken heißt. Wohl eben so viel Mehl liefern die großen Mühlen in Corbeil, deren Besitzer Darblay sehr von Napoleon III. begünstigt wurde. Er verwandelte seine Mühlwerke in eine Theilschein-Gesellschaft, welche dieselben noch vergrößerte. Sie liefern die Marke Darblay, welche ebenfalls im Marktbericht geführt wird. Beide Marken pflegen sich zu Zeiten durch Steigerungen und Unterbietungen zu bekämpfen, da dabei gewöhnlich beiderseitig eine Steigerung der Preise herauskommt. Das ist auch jetzt wieder der Fall.

Panamistisches. Der Untersuchungsrichter Poittevin hat die Untersuchung in der Panamasache beendet und erhebt Anklage gegen neun Abgeordnete: Naquet, Henry, Maret, Antide, Boyer, Laisant, Planteau, Richard, Saint-Martin, Rigaud und Gaillard. Gegen den Senator Levrey ist von der Erhebung der Anklage abgesehen worden, da sein Gesundheitszustand ihm nicht gestattet, sich zu vertheidigen. Wenn Herr Levrey gesund genug ist, um einen Senatssitz einzunehmen, müßte man bei ihm auch genug Fähigkeiten, die Anklagebank zu zieren, voraussetzen.

Spanien.

Madrid, 26. August. Die Zeitungen bringen sehr beunruhigende Meldungen aus Valencia, wonach in ganz Andalusien die carlistische Agitation mit größter Heftigkeit aufgetreten sei. Die Landbevölkerung, welche in Folge der ungünstigen Witterungsverhältnisse und der großen Ueberschwemmungen in äußerste Noth gerathen ist und von der Regierung vergebens auf Unterstützung gehofft hatte, wendet sich in großen Schaaren den carlistischen Agitatoren zu.

Lokales.

Breslau, den 27. August 1897.

* **„Leben und leben lassen".** Ein vortrefflicher Grundsatz, nicht so überschwänglich und sentimental klingend wie das „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst", dafür aber um so praktischer, praktikabler. Aber Praxis und Theorie sind auch da zweierlei, man führt ihn gern im Munde, um sich als Biedermeier zu legitimiren, wenn aber das egoistische Interesse mit seinen nägelbeschlagenen Stiefeln auftritt, dürfen solche hehre Maxime nur schüchtern flüstern und werden kaum angehört.

Leben und leben lassen — das heißt nicht blos, daß man Anderen den Kopf nicht abbeißt, sondern daß man ihrem Existenzbetrieb, ihren berechtigten Interessen gern den nöthigen Spielraum gewährt und nicht dem eigenen Vortheil

zu Liebe rücksichtslos Anderer Existenzbedingungen schädigt und ihre Bewegungsfreiheit einschränkt und unterdrückt; bildlich gesprochen: daß man nicht die Aecker und Wiesen anderer Leute verwüstet, um Hasen und Rehböcke zu jagen.

Es ist das Princip der Toleranz, vom Religiösen auf's Wirthschaftliche übertragen. Wie Jeder nach seiner Façon soll selig werden dürfen, so soll Niemand gehindert sein, seine Berufs- und Standesinteressen wahrzunehmen und zu fördern. Die Welt hat Raum genug für Alle.

Das hört freilich sich Alles recht schön und gut an; wenn nur die leidigen Interessencollisionen nicht wären. „Leicht bei einander wohnen die Gedanken, doch hart im Raum stoßen sich die Sachen", die Interessen, im Klassenstaat. Des Einen Vortheil ist des Andern Nachtheil und umgekehrt. „Des Einen Uhl (Eule) ist dem Andern sin Nachtigall", heißt es im Norden. Wenn die Interessen des Müller mit den Interessen des Fischer caramboliren, ist jeder von den Beiden auf seinen Vortheil erpicht und entbrannt, und es scheert ihn wenig, das Glück, die Existenz des Anderen zu ruiniren. Das klassenstaatliche Wirthschaftsleben ist ein großer Circus, wo sich zahllose Ringkämpfe abspielen, in denen der Eine den Anderen zu Boden ringen will.

So zwischen Einzelpersonen, so zwischen Gruppen, Berufsständen und Klassen. „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften ist die Geschichte von Klassenkämpfen."

Zwischen den bürgerlichen Gruppen und Berufsständen hat sich immerhin das Princip „Leben und leben lassen" Geltung verschafft, wenigstens mehr als zwischen Individuen. Gesetzgebende Körper und Verwaltungen zeigen das Bestreben, Sonne und Wind annähernd oder doch einigermaßen gleichmäßig zu vertheilen und durch allerlei Maßnahmen Denen unter die Arme zu greifen, die durch die Ungunst der Zeitverhältnisse ins Hintertreffen gekommen sind (Bauern, Handwerker, Kleingewerbe). Ihr Können freilich bleibt weit hinter ihrem Wollen gewaltig zurück, und dieses Wollen selbst schnurrt und schrumpft wieder kläglich zusammen, sobald das Interesse des Großbesitzes Haare lassen soll.

Dagegen der Arbeiterklasse gegenüber wird in der besitzenden Klasse das „Leben und leben lassen" wenig oder gar nicht berücksichtigt. Sie betrachtet man als diejenige Schicht, die nicht befugt ist, an die Gesellschaft höhere Ansprüche zu stellen, sondern mit den Brosamen zufrieden sein muß, die von der Tafel der besitzenden Klasse abfallen. Wie wäre es sonst möglich, daß man in der besitzenden Klasse über jede Lohnbewegung, jedes Verlangen nach besseren Arbeitsbedingungen, speciell Verkürzung der Arbeitszeit, aufgebracht, indignirt ist, daß man darin eine unziemliche, anmaßliche Ueberhebung erblickt und sogar Viele, denen Wohlwollen gegen die Arbeiter nicht abgesprochen werden kann, à la Puttkamer in jedem noch so berechtigten Streik die Hydra der Revolution oder Rebellion zu sehen glauben und die Behörden zur Parteinahme gegen die Arbeiter ermuntern! Wie wäre es möglich, daß man den Coalitionen und Organisationen der Arbeiter alle möglichen Hindernisse zu bereiten sucht und manche Arbeitgeber sogar „ihren" Arbeitern mit Entlassung drohen, falls sie ihrer Organisation beitreten und Arbeiterversammlungen besuchen! Heißt das „Leben und leben lassen?"

Wenn der Grundsatz „Leben und leben lassen" gelten soll: warum sollen die Arbeiter nicht eben so gut wie alle anderen Berufsstände mit gesetzlichen, vernünftigen und anständigen Mitteln um Verbesserung ihrer Klassenlage, ihrer Existenzverhältnisse, ringen, kämpfen dürfen?!

Weil man sich im Bürgerthum noch gar nicht daran gewöhnt hat, die Arbeiter als eine allen anderen Berufsständen vollständig coordinirte Schicht anzuerkennen, darum hat man dort für die Ungeheuerlichkeit, das Culturwidrige, das Schandbare, ja das Verbrecherische jener Ausnahme- und Umsturzgesetze, womit gewisse Leute die Arbeiterklasse knebeln und verhindern wollen, für Verbesserung ihrer Klassenlage zu kämpfen — denn die Angst vor Heugabelrevolutionen ist ja bei den Meisten bewußter Schwindel —, gar nicht die richtige Empfindung und Bewerthung: statt mit Abscheu und Empörung solche Attentate auf die Klasse, die „allen Segen schafft" und die ganze Gesellschaft ernährt und erhält, als Verbrecherpolitik zu brandmarken, discutirt man lang und breit über deren Nützlichkeit oder Schädlichkeit.

Aber „mit demselben Maße, mit dem du messest, wird dir wieder gemessen": Das raubrittermäßige Auftreten des ostelbischen Junkerthums gegen Industrie und Handel ist die naturgemäße und folgerichtige Nemesis für das Verhalten des Bürgerthums gegen das Proletariat, und darin, daß auch das nationalliberale Bürgerthum durch die blaublütigen Anmaßungen sich gezwungen sah, gegen das Recke-Zedlitz'sche Gesetz zu stimmen, zeigt sich wiederum „die Vernunft in der Geschichte."

In England, dem großindustriellen Vormarschland, ist die besitzende Klasse längst davon zurückgekommen, sich über Arbeiterbewegungen zu entrüsten; man faßt sie als ebenso legal und gerechtfertigt auf wie das Bestreben und der Kampf aller andern Berufsstände um Verbesserung ihrer Existenzlage. Selbstredend hat auch in England die Arbeiterschaft selbst sich diese günstigere Position erkämpfen müssen. Auch in Deutschland hat die klassenbewußte Arbeiterschaft durch ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und deren Agitationen und Actionen schon manche schönen Erfolge errungen. Aber unablässig und eifrigst muß weiter gerungen und der besitzenden Klasse beigebracht werden, daß sie auch der Arbeiterklasse gegenüber das Princip anzuerkennen hat: „Leben und leben lassen."

* **Gerechtfertigte Beschwerden** erheben, wie uns mitgetheilt wird, hiesige Hebeammen gegen einzelne Armenbezirks-Vorsteher. Bekanntlich sind die Hebeammen verpflichtet, wenn sie zu einer Frau gerufen werden, zu erscheinen, unbekümmert um die etwaige Zahlungsunfähigkeit der betr. Wöchnerin. In den Fällen, in welchen die Hebeammenhilfe von der Wöchnerin resp. dem Ehemann derselben nicht bezahlt werden kann, werden auf bez. Antrag der oder des Betreffenden die Kosten resp. das Honorar von der Armenpflege gedeckt. Das Formular, „Armen-Entbindungs-Schein" genannt, wird vom Bezirksvorsteher geholt, vom Antragsteller unterschrieben — der Antrag lautet wörtlich: „Ich Endesunterzeichneter bin augenblicklich außer Stande, die für meine Ehefrau erforderliche Hebeammenhilfe zu bezahlen und bitte daher, diese Hebeammenhilfe für Rechnung der städtischen Armenkasse eintreten resp. honoriren zu lassen. Ich verpflichte mich übrigens, bei einer etwaigen Besserung meiner Lage die Kosten zu ersetzen," — die Personalien der Kranken werden von der betr. Hebeamme in den Schein eingetragen, die Uebernahme der Kosten auf die Armenkasse vom Bezirksvorsteher bescheinigt und dann das Hebeammenhonorar von der Armenkasse bezahlt.

Aus den Kreisen der Hebammen wird nun vielfach Klage darüber geführt, daß einige Bezirksvorsteher die Bestätigung dieser Armen-Entbindungs-Scheine einfach verweigern, so daß die Hebammen um ihren gewiß schwer verdienten und sehr bescheidenen Lohn kommen. Ein derartiges Verfahren der Bezirksvorsteher ist unseres Erachtens entschieden zu tadeln. Die Hebammen sind auf ihren Eid verpflichtet, die verlangte Hilfe zu leisten, sie können und dürfen nicht vorher die Sicherstellung ihres Honorars fordern und daher sollte es doch selbstverständlich für die Armenpflege und ihre Beamten sein, in den Fällen, wo die Hebammenhilfe armen, nicht zahlungsfähigen Leuten zu Theil wurde, entsprechend der den Hebeammen auferlegten Pflicht zur Hilfe nun auch die Pflicht der Stadt zur Zahlung des Lohnes anzuerkennen.

* **Der Wolf in der Schwebe.** Berufen ist er, der große Socialistentödter, an eine preußische Universität, das steht fest, aber an welche — das ist die Frage. Ob Greifswald beglückt wird, ob Breslau, noch ist's im Rathe der Götter nur bekannt, d. h. im preußischen Ministerium. Und der arme Wolf sitzt nun da in der Schwebe und zählt an seinen Rockknöpfen ab Ja, Nein, Ja, Nein; ein unterhaltsames Spiel, wenn man mal eine Pause im Socialistentödten macht.

* **Zum Kapitel „Widerstand gegen die Staatsgewalt"** hat das Reichsgericht eine bemerkenswerthe Entscheidung getroffen. Ein Lehrer befahl einem Fortbildungsschüler während des Unterrichts, die Bank zu verlassen. Der Schüler widersetzte sich der Aufforderung des Lehrers. Dies zeigte der Lehrer beim Strafrichter an, und der Bursche wurde zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Auf eingelegte Berufung kam die Sache vor das Reichsgericht, und dieses entschied wie folgt: Der Lehrer, der in der Fortbildungsschule das Aufsichtsrecht ausübt, ist als Beamter anzusehen, der zur Vollstreckung der Anordnungen der Obrigkeit berufen ist. Demgemäß ist der einem solchen Lehrer bei Ausübung dieses Rechts geleistete Widerstand gegen die Staatsgewalt nach § 136 des Strafgesetzbuches zu bestrafen. In dem vorliegenden Falle war daher die vorschriftsmäßig eingelegte Berufung des Fortbildungsschülers zu verwerfen und die ihm vom Gericht zudictirte Gefängnißstrafe aufrecht zu erhalten. — Wir glauben nicht, daß man in Lehrerkreisen über diese Entscheidung sehr erbaut sein wird. Die Lehrer wollen Lehrer bleiben und nicht zu Polizisten „befördert" werden.

* **Die Schwindlerin**, die einen Kaufmann auf der Friedrich-Wilhelmstraße betrogen hat, indem sie ihm eine Geldrolle in Zahlung gab, die 10 Mark in Zwanzigpfennigstücken enthalten sollte, die aber in Wahrheit nur 34 Einpfennigstücke enthielt, hat in ganz gleicher Weise auch einen Kaufmann auf der Hirschstraße geprellt. Hier kaufte sie für 20 Pf. Waare und erhielt, als sie die Geldrolle hinlegte 9,80 Mark zurück. Die Geldrollen tragen außer der Bezeichnung: „10 Mark in Zwanzigpfennigstücken" noch den Namen: Karl Hase, Restaurateur.

* **Arbeiterrisiko.** Ein Arbeiter quetschte sich beim Heben eines Wagens ein Fingerglied ab. — Ein Arbeiter zerquetschte sich an einem Krahn den Mittelfinger der rechten Hand. — Ein Maschinenarbeiter gerieth mit der linken Hand an eine Kreissäge und erlitt schwere Schnittwunden. — Ein Drechsler riß sich mit Draht den Fußrücken des rechten Fußes vollständig auf. Diese Verunglückten suchten im Krankeninstitut der Barmherzigen Brüder Hilfe nach. — Einem Arbeiter fiel in einem Neubau ein Brett aus dem dritten Stockwerk auf den Rücken, wobei er einen Doppelbruch des rechten Schulterblattes erlitt. Der Mann wurde in seine Wohnung gebracht. — Beim Niederlegen eines Mastbaumes wurde einem Arbeiter ein Finger der linken Hand abgequetscht. Der Verunglückte erhielt von einem Arzte in Pöpelwitz die erste Hilfe. — Ein Arbeiter kam in einem Neubau auf der Matthiasstraße beim Tragen von Ziegeln zu Fall und brach sich das Nasenbein. Der Verunglückte fand in einer Klinik an der Marstraße Aufnahme. — Ein Heizer verbrannte sich bei der Herstellung von Briquettes den rechten Arm in schwerer Weise. — Auf der Adolfstraße stürzte ein Maurer zu Boden und zog sich eine klaffende Wunde am Hinterkopfe zu. Beiden Personen wurde in einer Unfallmeldestelle des Vereins freiwilliger Krankenpfleger Hilfe zu Theil.

* **Mißhandlung.** Am 27. d. Mts., gegen 3½ Uhr, Nachmittags, erhielt eine Paradiesstraße Nr. 22 hierselbst, wohnende Frau Emilie Mobhaupt auf dem Christophoriplatz von einem Manne, der angeblich Fleischer sein soll, eine Ohrfeige, so daß sie zu Boden stürzte und bei dem Fall nach ärztlicher Untersuchung eine rechtsseitige Hüftquetschung erlitten hat. Mannschaften der Feuerwehr trugen die Verletzte mittels Tragbahre nach dem sogleich requirirten Krankenwagen, welcher sie nach dem Hospital zu Allerheiligen brachte. Es wurde eine Frau von dem dienstthuenden Schutzmann als Zeugin notirt, welche letzterem bezeichnet worden war, den gewaltthätigen Menschen zu kennen; sie wollte jedoch keine näheren Angaben über die Person des Mannes machen können, dem es leider gelungen war, zu entkommen.

Festfahren eines Oderkahnes. Gestern Nachmittag, gegen 2 Uhr fuhr von der Oberschleuse hier ein gedeckter Oderkahn den Strom entlang nach der Unterschleuse. Von dem Strom, der in den letzten Tagen erheblich gestiegen ist und dabei auch die Landzunge von der Universitätsbrücke fast gänzlich überfluthet hat, wurde der mächtige Kahn in der Richtung nach dieser Landzunge gedrückt, so daß er bald fest saß. Es bedurfte mehrerer Winden und etwa einstündiger Thätigkeit, um das Fahrzeug wieder flott zu machen; Schaden hatte dasselbe nicht erlitten.

Schlesien.

Die Socialdemokratie in Oberschlesien. Die „Königsh. Ztg." schreibt: „Ein socialdemokratischer Verein für Oberschlesien ist hierorts in der Bildung begriffen. Zum Vorsitzenden ist der socialdemokratische Agitator Dr. Winter von hier ausersehen." Dazu bemerkt die klerikale „Schles. Volksztg.": „So die „Königsh. Ztg.". Wir haben schon wiederholt Anlaß genommen, auf die immer nachdrücklicher auftretende Agitation der Socialdemokraten unter der oberschlesischen Berg- und Hüttenbevölkerung, besonders auf die Thätigkeit des oben genannten, sich als kleinen Parteiführer gerirenden Dr. August Winter hinzuweisen, und haben unsere oberschlesischen Parteigenossen vom Centrum ermahnt, auf die zuerst schüchtern auftretende, sich aber dann immer breiter machende socialdemokratische Propaganda ein wachsames Auge haben zu wollen. Wer die spaltenlangen Artikel der „Volkswacht", des Centralorgans der schlesischen Socialdemokratie, in denen das Blatt fort und fort das Lied von dem angeblichen socialen Elend unter den oberschlesischen Arbeitern in allen Tonarten singt, mit etwas Aufmerksamkeit verfolgt, dem muß allmählich die Erkenntniß aufdämmern, daß die Socialdemokratie gewillt ist, den Kampf gegen die oberschlesischen „Kohlenbarone und Pfaffen" — wie man sich in jenen Preßorganen geschmackvoll auszudrücken pflegt — bei den nächstjährigen Reichstagswahlen mit Nachdruck aufzunehmen. Die nunmehr in Angriff genommene Gründung eines den gesammten Industriebezirk umfassenden socialdemokratischen Vereins bedeutet einen nicht zu niedrig anzuschlagenden Fortschritt der dortigen socialdemokratischen Bewegung. Daß es soweit kommen konnte, dafür mag sich die Socialdemokratie nicht in letzter Reihe bei jenen bedanken, welche da meinen, daß man mit Feuer und Schwert die Umsturzbewegung aus der Welt schaffen könne. Die Verhinderung und Auflösung socialistischer Versammlungen und die ungewöhnliche Maßregelung in denselben agitatorisch hervortretender Persönlichkeiten, wie des Colporteurs Dylong, — alle Augenblicke berichten die socialdemokratischen Blätter über derartige Dinge — tragen mit in erster Linie die Schuld, daß die socialdemokratische Bewegung im Industriebezirke beständig an Boden zu gewinnen scheint."

Die vorstehenden Ausführungen der „Schles. Volksztg." sind uns ein Beweis dafür, daß unsere Agitation in dem dunklen Oberschlesien nicht vergeblich gewesen ist; gewisse Gegner haben vor allem dafür gesorgt. Daß die „Schles. Volksztg." davon nicht gerade erbaut ist, erscheint nur zu leicht begreiflich. Oberschlesien ist die Hochburg des Centrums und jeder Fortschritt der Socialdemokratie in dieser Gegend muß ihr daher schwer im Magen liegen. Es geht vorwärts, trotz alledem!

Zur Typhus-Epidemie in Ober-Schlesien wird der „Breslauer Zeitung" gemeldet: In Beuthen O.-S. hat man an den Hydranten der fiscalischen Wasserleitung jetzt mit der Aufstellung der Reservoire begonnen, die über Nacht mit Wasser gefüllt werden sollen; das erste steht am Gymnasium. Gefüllt wird das Reservoir aus einem Ständer der fiscalischen Leitung und zwar selbstthätig. Wir fürchten nur, daß die Reservoire nicht ausreichen und die Sperre der Leitung gegenüber der schweren Schädigung der Gewerbetreibenden für die Dauer nicht wird aufrecht erhalten werden können. Die Schließung der Leitung ist für einzelne Gewerbe gleichbedeutend mit dem Aufhören des Betriebes. Es herrscht jetzt schon große Erregung unter den Gewerbetreibenden. — In Gleiwitz sind bei dem Sohne des Braumeisters Niesel, welcher das Beuthener Gymnasium besucht und, um der Typhusepidemie aus dem Wege zu gehen, vor wenigen Tagen in das Elternhaus hierher zurückgekehrt war, jetzt typhöse Krankheitserscheinungen zum Ausbruch gekommen. — Ein weiterer Typhusfall ist im Stadttheil Trynek im Hause des Besitzers Jacob Ruda ärztlicherseits constatirt worden, und zwar ist hiervon die Näherin Anna Pokora, angeblich aus Borsigwerk, befallen worden. — Wegen des Typhus, welcher auch in Ostroppa auftrat, wurden die dort einquartiert gewesenen Husaren nach Laband in Quartier gelegt. Da nun aber auch dort jüngst ein Krankheitsfall vorgekommen ist, wurde es dem Militär verboten, den auf der anderen Seite der Klodnitz liegenden Theil von Laband, woselbst das Haus des Patienten sich befindet, zu betreten.

Habelschwerdt, 27. August. Hohe Fleisch- und Mehlpreise. In wenigen Tagen ist der Preis für Schweinefleisch in Habelschwerdt von 60 auf 70 Pfg. für das Pfund gestiegen; in den Preisen für Mehl ist eine ganz erhebliche Preissteigerung zu vermerken. Die Preise für Weizen- und Roggenmehl haben sich um 2½ und 2 Pfg. pro Pfund erhöht, die für Gerstenmehl sind um 2 Pfg. gestiegen.

Glogau, 27. August. Hochwasserschaden. Im Kreise Glogau beläuft sich der durch die Ueberschwemmung der Oder angerichte Schaden auf 100000 Mk. Auch hier befinden sich viele Bewohner der Oderniederung in einer recht schlimmen Lage, zumal dieselben in diesem Jahre allein durch drei Ueberschwemmungen heimgesucht wurden, von denen das Frühjahrs-Hochwasser und die August-Ueberschwemmung den erheblichsten Schaden verursacht haben.

W. **Königshütte**, 27. Aug. Die polnischen Vereine, auch wenn sie rein kirchliche sind, sind bekanntlich der Regierung ein Dorn im Auge, weil sie annimmt, daß diese Vereine großpolnische Agitation treiben. Die Feste dieser Vereine werden polizeilich ebenso überwacht, wie wenn es Feste der „Umstürzler" wären, polnische Festreden werden verboten. Cardinal und Fürstbischoff Kopp in Breslau scheint diese Praxis der Behörden zu billigen: auf seinen Wunsch haben sich die beiden Königshütter Aloisiusvereine aufgelöst! Uns kann dieses Vorgehen ganz recht sein. Schon vorher waren die Oberschlesier mit Kopp wenig zufrieden, sie werden es jetzt noch weniger sein. Den oberschlesischen Geistlichen war längst verboten, sich an polnischen Vereinen, auch an religiösen, zu betheiligen; daher die Gegnerschaft des oberschlesischen Klerus gegen Kopp. Die Bevölkerung aber war gegen die Geistlichen aufgebracht, weil sich diese dem Bischof so schnell unterordneten. Die Folge des Ganzen ist hoffentlich die, daß die Autorität der Geistlichen über das Volk wiederum etwas geschwächt wird.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 28. August. Im Beginn dieses Jahres wurde aus Tokio gemeldet, daß der dortige deutsche Gesandte, Freiherr von Gutschmid ein paar junge Leute, Zöglinge einer japanischen Militärschule geschlagen haben sollte, weil sie ihm nicht schnell genug Platz gemacht hätten. Die Sache ist damals bei uns nicht völlig aufgeklärt worden. Herr v. Gutschmid trat bald darauf einen Urlaub an; jetzt ist er in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

Die Kotze-Affaire soll, nach Gerüchten, die vielfach verbreitet werden, neuerdings wiederum Gegenstand einer eingehenden Untersuchung geworden sein. Nach dem „L.-A." schweben in der That Ermittelungen. Das Verfahren dreht sich jedoch lediglich um die Autorschaft einer vor etwa einem halben Jahre in einem Züricher Verlage erschienenen, von dem früheren Dr. Friedmann'schen Bureauvorsteher als Verfasser gezeichneten Scandalbroschüre. Die Broschüre enthält Verdächtigungen der Gattin des Malers Freyberg.

Hamburg, 28. August. Der englische Dampfer „Gairloch" ist auf der Reise von New-York nach Constantinopel unweit St. Vincent gestrandet und wrack geworden. 5 Personen von der Mannschaft sind ertrunken.

Bern, 27. August. Ein deutscher Tourist ist mit zwei Bergführern bei dem Abstieg von der Jungfrau nach Eggischhorn in Folge Schneebruches abgestürzt. Beide Führer blieben todt, der Tourist ist schwer verletzt.

Bombay, 27. August. In Poona ist die Zahl der Pestfälle ernstlich im Wachsen. Es werden Impfungen mit dem Haffkin'schen Serum vorgenommen.

Gebr. Roesler's Brauerei.
Täglich:
Frei-Concert
der echten Original Tyroler Concertsänger- u. Schuhplattler-Gesellschaft aus Innsbruck.
Direction: **Hans Spiess.**

Gediegene Arbeit! Gediegene Arbeit!

Amerikanische Schnellsohlerei

liefert in 20 Minuten Herren-, Damen-, Kinder-Sohlen und Absätze zu bekannten billigen Preisen in **bester** Ausführung. Für Ia Kernleder wird garantirt. Großes Lager in Herren-, Damen-, Kinderschuhen und Stiefeln zu billigsten aber festen Preisen.

Herren-Stiefel von	5,50 an.
Damen-Zugstiefel von	5,00 an.
Damen chic Schuhe v.	2,50 an.
Damen-Lack-Salon von	3,00 an.
Kinderschuhe von	0,50 an.

Großer Ausverkauf von braunen Schuhen zum Selbstkostenpreise.
Feinste Handarbeit am Lager. 2461
Herren- und Damen-Schuhe für Bad und Reise.
Nur reelle Waaren.
9 Schmiedebrücke 9.

Special-Geschäft Stollwerk'scher Waaren

bei Entnahme von 3 Pfd. Chocolade ½ Pfd. Rabatt. Beträge von 20 Mk. an nach Auswärts franco.
A. Schremmer's Nachf. M. Ludwig,
Alte Taschenstraße 7, gegenüber der Augusta-Schule.

Gratis erhält jed. Käufer meiner beliebten Terpentin-Salmiak-Seife einen
Blecheimer.
Eimer mit 12½ Pfund Seife Netto Mk. 2,50
dto. „ 25 „ „ „ „ 4,75
Rudolph Balhorn, Seifenfabrik Ende Neudorfstr.
Filialen: I. Neue Schweidnitzerstrasse 5.
II. Friedrich-Wilhelmstrasse 73.
III. Ohlauerstrasse 74.

Decatier-, Reinigungs- u. Wasch-Anstalt
von **August Rother**
Breslau, Höfchenstrasse 50 u. Weidenstrasse No. 8.
Annahme aller Arten 2429
Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe rc.
Gardinen-Wasch- und Spann-Anstalt.

* Bestellung nach Maass, auch für unnormale Füsse wird gut und billig ausgeführt!
!! Neu eröffnet!! !! Neu eröffnet!!
!!Billigste Bezugsquelle für Schuhe!!
Zug-, Schnür- und sämmtliche andere * Schuhe für !!!HERREN!!!
Ball-, Sport-, Salon-, Haus- und Promenaden- Schuhe für * !!!DAMEN!!!
Benno Braun
BRESLAU
Gräbschnerstr. 41.

Trauerhüte
in größter Auswahl zu bekannt billigst. Preis.,
R. Grünzweig
Friedrich-Wilhelmstr. 2b. 2317

In grossartiger Auswahl empfehle allerbilligst: **Spazierstöcke, Cigarren- und Cigaretten-Spitzen, Tabakspfeifen** und deren Einzeltheile, **Tabak- u. Cigaretten-Dosen, Cigarren-Taschen, Feuerzeuge, Cigaretten-Maschin.** und **Stopfer, Cigaretten-Tabake.**
Cigarren à 5, 6 bis 10 Pf. in nur **vorzüglichsten**, kräftigen und milden **Qualitäten.** No. 11, 12 u. 13 **prachtv. Sumatra-Cigarren,** 3 Stück 10 Pf., 100 Stück 3 Mk. Das Beste in **Shag-Tabaken** für kleine Pfeife, wie allen anderen **Rauch-, Kau- u. Schnupf-Tabaken.** 2399
R. Migula, Fr.-Wilhelmstr. 1a.
II. Geschäft: **Schmiedebrücke 11.**
III. „ **Bismarckstrasse 22.**

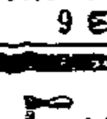
August Breuer,
Schuhmachermeister
BRESLAU
Nikolaistr. 18/19

empfiehlt sein großes Lager in solidesten fertigen
Schuhwaaren
zu billigsten Preisen.
2390 Specialität:
Elegante Anfertigung nach Maaß, sowie Reparatur-Annahme.

Reisegepäck
von und nach den Bahnhöfen, nach allen
Bädern u. Sommerfrischen
auch als
Frachtgut 1886
befördert auf Grund ihrer Bestimmungen
Breslauer Packetfahrt-Gesellschaft
Bestellkarten und Frachtbriefe gratis.

3 fast neue Nähmaschinen zu **25, 30 und 40 Mark.**
Auch 1 Ringschiffchen spottbillig
Salo Freund. Breitestr. 4/5.

Arac, Rum, Cognac
selbst importirt en gros u. en détail
ff. Original- und Tafel-Liqueure
Annaberger Klosterbitter,
2302 Mandarinen-Ginger,
Benedictiner,
Karthäuser Curaçao etc.
„Nachod"-
Magen- und Cholera-Bitter,
alten Breslauer Korn mit Weiß abgezogen, Aepfelwein, Johannisbeerwein, Heidelbeerwein, Himbeer- und Citronen-Limonaden, Essig.
Wein-Essig und Mostrich
empfiehlt
Hermann Seidel
BRESLAU, Ring 27.
Telephon No. 8.
Verkaufsstellen: Im Ausschank in Breslau, im Comptoir im Hofe.



Glanz-Bügeleisen
a) mit langem geradem Heft
	20	22	24 cm
	2.70	3.00	3.30 M.
Bolzen dazu	0.40	0.55	0.85 „
b) mit Stahlboden u. Patent-Schutzheft.	19.5	21 cm	
	2.75	3.00 M.	
Bolzen dazu	0.65	0.80 „	
Wäsche-Poliereisen	10	12 cm	
	0.75	1.00	

Wäscheleinen, Wäsche-klammern, Waschbretter. Plättbretter, Schäffer etc. billigst.
Herz & Ehrlich
Breslau. 2137a
Preislisten gratis und franco.

Töpfer! Achtung! Töpfer!
Oeffentl. Versammlung
Montag, den 30. August, Nachmittags 6½ Uhr im Locale des Herrn **Kostrowsky,** Scheitnigerstraße 100. 2457
Zahlreiches Erscheinen erwünscht. **Der Einberufer.**

Felix Scholz
Zahn-Atelier
jetzt Ohlauerstr. 7, 2. Etage
(im blauen Hirsch). Eingang auch Schuhbrücke. 2350
Specialität: Gebisse in Aluminium.

Dauerh. Stiefeln und Gamaschen in großer Auswahl, reell und billig bei
Adolf Gottwald
Vollskleidermacher
Neumarkt No. 44.

Rohtabake
Um meine grossen Vorräthe schnell zu räumen, verkaufe ich gegen baar oder Nachnahme:
Carmen, grösste Sortirung bester Brand, per Pfd. 115, 120, 130 Pf.
Java-Umblatt, feinste Qualität, Pfd. 130 Pf.
Java-Einlage, leicht Pfd. 95 Pf.
Domingo, FF. prächt Qualität, feiner Brand, Pfd. 115 Pf.
Brasil, 90. 100. 110. 100 Pf.
Pfälzer. 65. 70. 75. 80 Pf. feine Tabake.
Märker, 70 und 78 Pf.
Sumatras, in grosser Auswahl, durchweg erprobte, zudeckende Qualitäten, per Pfd. 140 bis 500 Pf.
Jeder spart viel Geld, der bei mir kauft,
Albert Kramolowsky
Breslau, Ring 60.
Cigaretten-Fabrik, Cigarren, Tabakhandlung

Busse, Rechtsconsulent, Breslau. Neumarkt 42.

Schuhwaaren für 2166 **Herren, Damen und Kinder**
zu billigsten Preisen empfiehlt
Glemnitz, Schmiedebrücke 47.
Bestellungen nach Maaß werden schnell und sauber ausgeführt.
Eigene Reparatur-Werkstatt.

Nähmaschinen, neue 45, 50 u. 60 Mk. wenig gebr. 25, 30 u. 35,
S. Freund, Breitestr. 4/5.
2332

Ausstattungs-Möbel!
in Nußb., Kirschb. und Erle 2351 zu sehr billigen Preisen
Joseph Stephan,
13, Stockgasse 13 und Stockgasse 20, Eckladen.

Künstl. Zähne u. Plomben preiswürdig.
2402 Reparaturen sofort.
Theilzahlungen bewilligt.
C. Rabe, Friedr.-Wilhelmstr. 71, Ecke Schwerinstraße.

Grosses Lager
sämmtl. Uhren und Goldwaaren bei **E. Neumann,** Albrechtstr. 11
Massiv goldene Ringe
Stück **3 Mark.** 2452
◆ Eigene Reparatur-Werkstatt. ◆

Uhren.
Uhren u. Goldwaaren aller Art kauft man reell und billig bei
Hoppe. Kupferschmiedestr. 22/23.

Arbeiter-
Hemden, engl. Leder- und Zwirnhosen, blaue waschechte Blousen, Maurer-Anzüge sehr gut genäht
G. Völkel
vorm. **C. Griebsch,**
Friedrich-Wilhelmstr. 20.

14 Zum billigen 14
Schuh- u. Stiefel-Lager
Große Groschengasse 14,
vorm. **Winter.** 2479

Zähne u. Plomben
Oscar Wollny.
Zahnextraktionen schmerzlos
Frdr.-Wilhelmstr. 58c, pt.
2462

Meine Sprechstunden
sind Vormittags von 9—1 Uhr und Nachmittags von 2—8 Uhr
Sonntag von 8—2 Uhr. 1496
Apotheke-Pietsch
Große Scheitnigerstraße Nr. 23.

Frische Mittel-Eier
Mandel 50 Pfg.
C. Herpolsheimer
2496 Neumarkt 28.

Für 50 Pfg.
liefert geg. Eins. d. Betrages
1 Stempel-Medaillon
mit Name, Ort od. Monogr.
10 Stück 4 Mk., echt Nickel oder vergoldet 20 Pf. mehr d. Stück
Max Hübsch, Breslau,
Hintermarkt 97, Ecke Ring, Gravir-Anstalt, Stempel- u. Schablonenfabrik.

Breslaus grösste und billigste Bezugsquelle.

Möbel auf Abzahlung.

Wer sich der Annehmlichkeit theilhaftig machen will,
Möbel auf Abzahlung
ebenso billig zu kaufen wie gegen baar, der wende sich vertrauensvoll an Breslaus grösstes Abzahlungs-Bazar von **S. Osswald,** nur Schuhbrücke 74. Besonders empfehlenswerth für **Brautausstattungen**
Bettstellen mit Matratzen, Schränke, Vertikows, Kochtische, Waschtische, echt und imitirt, Spiegel, Tische und Stühle, Sophas, Divans und Plüsch-Garnituren.
Grosse Auswahl Kinderwagen.
Gardinen, Teppiche und Tischdecken

Anzüge für Herren u. Knaben, Ueberzieher, Hosen u. Westen.	Mäntel für Damen u. Mädchen, Jaquets, Umhänge, Blousen.

Manufacturwaaren,
besonders Kleiderstoffe, Flanelle, Leinen, Damast, Bettzeug, Handtücher etc.
2336
S. Osswald, Waaren-Credit-Geschäft,
früher **Oscar Held,**
Breslau Schuhbrücke 74, I. u. II. Etage.
Anzahlung ein kleiner Theil. — Kunden ohne Anzahlung. — Ansicht gern gestattet.
Schuhbrücke 74, I. u. II. Etage, gegenüber dem Haupteingang der Kapitelstraße.

Bilder-Einrahmungen.
Bildnisse von Lassalle, Bebel, Liebknecht u. s. w. Gardinenstangen, Spiegel, Grabschilder, Thürschilder, sowie sämmtliche Glas- und Porzellan-Waaren bei 2344
August Paetzel Glasermeister,
Paulstrasse 5 und Paulstrasse 8.

Zähne sowie ganze Gebisse (auch ohne Gaumen.)
Plomben. Zahnschmerz beseitigt. Völlig schmerzloses Zähneziehen unter ärztl. Assistenz mit Chloroform, Aethyl-Chlorid rc.
Reparaturen sofort.
W. Dreger, Breslau, Matthiasstr 4. 2065
gegenüber von der Oderthorwache

Gutes dunkles und helles
Landbrot
empfiehlt 2300
täglich frisch
Heinrich Morawietz
Vincenzstrasse 23.

Vereins-Kalender.

Breslau

Sonnabend, den 28. August:

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Sektion der Schlosser). Kassenabend und Aufnahme neuer Mitglieder im „Merkur", Schuhbrücke 42.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Sektion der Klempner.) Abends 8 Uhr Zahlabend im Local des Herrn Zabel, Kleine Groschengasse 15. — Umtausch der Bibliotheksbücher.

Verband der **Gold- u. Silberarbeiter** und verwandter Berufsgenossen. Zahlabend „Bär auf der Orgel," Kupferschmiedestr. 39.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Breslau. Vereins- und Kassenabend Hummerei 5. Jaenisch Brauerei. Jeden Dienstag nach dem 15. eines Monats Vereinsabend, Herrenstraße 18, Heiders Brauerei. Sonnabends, alle 14 Tage Filiale-Kassenabend, Restaurant [illegible] Margarethenstraße 2.

Allgemeine Kranken- und Sterbe-Kasse „Union" Heiders Brauerei Herrenstr. [illegible] Abends 8 Uhr: Kassenabend und Aufnahme neuer Mitglieder.

Verband der in Buchbindereien u. in Papierwaaren beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Breslau). Zahlabend und Aufnahme neuer Mitglieder im Restaurant „Brauns Kegel" Kupferschmiedestraße [illegible] Arbeitsnachweis bei Georg [illegible] Neue Junkernstr. 1. [illegible] [illegible] 1—1½ Uhr und Abends 7—8 [illegible] Herberge „drei Tauben" Neumarkt [illegible]

Central-Kranken- und Sterbekasse der **deutschen Böttcher.** [illegible]

Verband **deutscher Lederarbeiter** Zahlstelle Breslau. Zahlabend jeden [illegible] Sonnabend eines Monats [illegible] bei Jüttner, Grünbaumgasse 4.

Central-Verband **Böttcher Deutschlands** Zahlstelle Breslau. [illegible] in den „3 Tauben", Neumarkt Nr. 5.

Central-Verein **der deutschen Former** [illegible] [illegible] in den „3 Tauben" am Neumarkt [illegible] [illegible] 4 Uhr.

[illegible]

Sozialdemokr. Verein für Breslau und Umgegend [illegible] [illegible] Tauben", [illegible]

Internationaler Arbeiterschutz-Congreß.

Die Donnerstagsitzung wurde durch Nationalrath Decurtius eröffnet, der den Vorsitz aber alsbald an Dr. Sourbeck übertrug, da er in der Frage der „Frauenarbeit" die heute zur Berathung stand, Partei sei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas Arbeitersecretär Greulich die Begrüßungsschreiben des „Bundes zur Befreiung der arbeitenden Klassen in St. Petersburg" und der der jüdischen socialdemokratischen Organisation einer Stadt in Westrußland. Greulich hob hervor, daß die Geheimorganisation der russischen Arbeiter im Wachsen begriffen sei, da ihnen die Freiheit der Coalition der Presse und der Vereine vollständig fehle und sie doch erkannt hätten, daß sie als einzelne Individuen der Willkür der Unternehmer schutzlos preisgegeben wären. — Nationalrath Decurtius: Wir hoffen, daß den russischen Arbeitern bald die Freiheit des Wortes und der Coalition und der Presse gewährt werden wird. Die Freiheit ist auch die beste Grundlage jeder rechtmäßigen Autorität. (Lebhafter Beifall.)

Die Referate über die „Frauenarbeit" wurden von Großrath Jean Sigg in Genf und Frl. Margarethe Greulich, der Tochter des Arbeitersecretärs, erstattet. Sie gaben einen Ueberblick über die ausgedehnten Verhandlungen in der Section, die die ursprüngliche Resolution des Organisationscomitees sehr um- und ausgestaltet haben. In den Sectionssitzungen kam es zu besonders lebhaften Debatten zwischen Socialdemokraten und Katholiken über die Frage, ob die Arbeit in den Bergwerken und Fabriken den verheiratheten Frauen zu verbieten sei. Die socialdemokratische Majorität lehnte diese Forderung ab und stimmte den folgenden Thesen zu:

1. Der internationale Arbeiterschutzcongreß in Zürich fordert eine umfassende und wirksame Schutzgesetzgebung für alle Arbeiterinnen und weibliche Angestellte in der Groß- und Kleinindustrie, dem Gewerbe, Handel, Transport- und Verkehrswesen, sowie der Hausindustrie.

2. Als Grundlage dieser Schutzgesetzgebung fordert der Congreß eine Maximalarbeitszeit von acht Stunden pro Tag und 44 Stunden pro Woche für alle Arbeiterinnen und weibliche Angestellte. Die Arbeitszeit muß Samstag Mittag um 12 Uhr endigen, so daß ihnen eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden bis Montag Morgen gesichert ist.

3. Strenges Verbot des Unternehmerbrauches, den Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten nach beendigter Arbeitszeit weitere Arbeit nach Hause mitzugeben.

4. Vor und nach ihrer Niederkunft dürfen Wöchnerinnen im Ganzen während acht Wochen — nach der Niederkunft jedenfalls wenigstens sechs Wochen — nicht gewerblich beschäftigt werden.

Während dieser Schutzzeit erhält die Arbeiterin von Staat oder Gemeinde eine Entschädigung, die in directem Verhältniß zu ihrem Lohnausfall steht.

5. Für landwirthschaftliche Arbeiterinnen (Arbeiter) und für Dienstboten sind alle Gesetze und Bestimmungen aufzuheben, die sie in eine Ausnahmestellung gegenüber anderen Arbeitercategorien bringen (Dienstbotenordnungen, Verbot der Coalition, der Vereine und Versammlungen) und sind für sie besondere Gesetze und Schutzvorschriften im Sinne der vorstehenden Forderungen zu erlassen.

6. In Erwägung, daß die Einschränkungen und endliche Beseitigung der Hausarbeit in allen ihren Formen im Interesse der Volkshygiene, der Cultur, sowie insbesondere der gewerkschaftlichen Organisation dringend nöthig ist, es aber unmöglich erscheint, die Frage der Hausindustrie auf diesem Congresse in einer ihrer Bedeutung entsprechenden Weise zu berathen, giebt der Congreß dem Wunsche Ausdruck, daß auf dem nächsten Congreß die Frage der Hausindustrie und die damit im engsten Zusammenhang stehende Frage der Arbeiterwohnungen gesetzt werde.

7. Der Congreß fordert für die Frauen für gleiche Arbeit gleichen Lohn und macht es den Delegirten zur Pflicht, sogleich bei den öffentlichen Gewalten dafür einzutreten, daß sie diesen Grundsatz jedesmal anwenden, wenn die Gelegenheit sich bietet.

Die Discussion wird eröffnet.

Heretier-Lausanne: Der Verband der Gewerkschaften des Seine-Departements wollte eine Abordnung von 10 Delegirten zum Congreß senden. Der Municipalrath von Paris hatte bereits das Geld bewilligt, die Regierung hat es wieder gestrichen, weil das vorhandene Reisegeld nur für den Präsidenten der Republik reicht. Ich bin beauftragt worden, ihnen das mitzutheilen. (Heiterkeit.) Die französische Arbeiterschutzgesetzgebung ist nicht gänzlich wirkungslos, was daraus hervorgeht, daß das Pariser Arbeitsamt allein 3000 Uebertretungen zur Anzeige gebracht hat. Den Frauen ist jetzt die Beschäftigung in Buchdruckereien, wo pornographische Schriften und Bilder hergestellt werden, verboten worden. Schlimmeren Verführungen ist aber die Frau noch in den Vergnügungslocalen der sog. feinen Welt ausgesetzt.

Mr. Finance-Paris, Chef des Pariser Arbeitsamtes, bemerkt auf die Aeußerung des Vorredners, daß es richtig sei, daß der Minister des Innern das vom Municipalrath bewilligte Geld gestrichen habe. Man dürfe aus dieser Handlung des einen Ministers aber nicht auf die Gesinnung der ganzen Regierung schließen. Der Handelsminister habe einen Beamten des Arbeitsamts zum Congreß entsandt und damit seine Sympathie für die Congreßverhandlungen und -Bestrebungen ausdrücken wollen. (Beifall.)

De Wiart-Brüssel (belgischer Abg. der démocratique ligue) stellt den Antrag: „Die Frauenarbeit, namentlich die Arbeit verheiratheter Frauen in Bergwerken, Steinbrüchen und der Großindustrie soll allmählich abgeschafft werden und der Congreß beschließt, zunächst in eine Genraldebatte über diesen Antrag einzutreten.

Der Antragsteller führt zur Begründung seines Antrags aus: Die Frauenarbeit ist eine Versündigung an der Natur der Frau. Sie ist schwächlicher als die des Mannes und befähigt die Frau nicht einmal zu leichterer Fabrikarbeit. In Belgien sind 50,000 Frauen, besonders in der Textilindustrie beschäftigt und man sehe sich selbst die Fädlerinnen an, wenn sie aus der Fabrik herauskomen und wird sagen, so sollten die Mütter unserer Kinder nicht aussehen. Der Beruf der Frau ist das, Mutter sein. Selbst Bebel hat das in seinem Buche „Die Frau" anerkannt. Wie soll sie aber diesen Beruf erfüllen, wenn sie in der Fabrik arbeiten muß? Die Frauenarbeit ist erst eine Schöpfung dieses Jahrhunderts. Die Capitalisten preisen sie, weil sie ihnen die Production verbilligt und erleichtert. Wer in diesem Saale aber steht auf einem solchen manchesterlichen Standpunkt. Die Reglementirung der Frauenarbeit genügt nicht, sie muß abgeschafft werden. Ein Haupteinwand dagegen ist der, daß man sagt, der Lohn der Frau ist nothwendig zur Erhaltung der Familie. Stellen Sie aber einmal eine Bilanz auf. Nehmen Sie den Betrag des Lohnes, den die Frau zum Familienbudget leistet und nehmen Sie auf der anderen Seite den Nachtheil, den das Budget durch unökonomische Wirthschaft erleidet, nehmen Sie den weiteren moralischen Nachtheil und die Bilanz wird nicht zu Gunsten der Frauenarbeit ausfallen. Die Capitalisten benutzen die Frauenarbeit zur Herabdrückung der Löhne der Männer und rechnen bei der Frage nach dem Lohnminimum die Löhne des Mannes und der Frau zusammen. Ich wiederhole mit Bebel, die Natur weist die Frau auf ihren Beruf als Mutter und Erzieherin hin. Schaffen wir ein gesetzliches Verbot der Arbeit verheiratheter Frauen. Die Freiheit ist es, die niederdrückt, das Gesetz ist es, das befreit. (Beifall.)

Frau Lily Braun-Gizycki-Berlin: Wenn wir uns gegen den Antrag des Vorredners erklären, so thun wir es aus fast den gleichen Gründen, die er für seinen Antrag angeführt hat. Auch wir sind für Verkürzung der Arbeitszeit, auch wir treten für den Schutz der Mutter ein und sind für das Verbot der Frauenarbeit da, wo ihr Körper Schaden leiden kann. Aber wir sind niemals für das Verbot der Frauenarbeit überhaupt. (Beifall) Warum fängt man damit an, die Frauenarbeit in der Großindustrie zu verbieten. Die Concurrenzfurcht ist es, die sehr häufig auch auf anderen Gebieten zu Tage getreten ist und die Frau gern in das alte Dienst- und Sclavenverhältniß zurückdrängen möchte. Die Frau ist doch nicht in erster Linie Frau, wie der Mann nicht in erster Linie Mann ist, sondern Mensch (Beifall) und hat die Berechtigung, als Mensch zu leben. Das kann sie jedoch nur dann, wenn sie ökonomisch selbstständig ist. Auch im Hinblick auf das Familienleben verlangen wir, daß die Frauenarbeit nicht verboten werde. Was würde denn die Folge eines Verbotes der Frauen-Fabrikarbeit sein? Sie würde die Hausindustrie in ungeheurem Umfange wieder aufleben lassen. (Beifall.) Die Frau würde in ihrem elenden Zustande zu Hause eine Werkstatt schaffen und dort Tag und Nacht arbeiten müssen. Das Verbot der Frauenarbeit wäre eine Prämie auf das Concubinat und gerade diejenigen, denen die Heiligkeit der Ehe so sehr am Herzen liegt, sollten das bedenken. Der Bund, den die Liebe geweiht hat, ist auch uns heilig. Aber die heutige Form des Concubinats erniedrigt die Frau und ist ein Unglück für die unehelichen Kinder. Bei einem Verbot der Frauenarbeit würde man die Männer aber am Heirathen verhindern und die Zahl der unehelichen Kinder würde erschrecklich wachsen. Die Prostitution, dieses Geschwür am Körper unserer Gesellschaft, würde noch größer werden. Es ist daran Anstoß genommen worden in der Section, daß gerade ich als Frau diesen Punkt berührt habe. Wer aber hätte mehr das Recht dazu, als gerade die Frau, wer hätte mehr das Recht, an die elendesten unserer Mitschwestern zu denken? Gerade im Namen der höchsten Sittlichkeit verlangen wir socialdemokratische Frauen die Frauenarbeit. Die Prostitution, dieser Schandfleck, ist eine Folge der capitalistischen Wirthschaftsordnung, nicht ein nothwendiges Uebel. Sie wird mit dieser capitalistischen Ordnung aus der Welt verschwinden. Wir stehen hier alle als Vorkämpfer der Unterdrückten, Elenden und Geschändeten und deshalb gerade fordere ich Sie auf, gegen den Antrag de Wiart zu stimmen. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Rudolph Meyer-Prag kommt auf die Erfindung der amerikanischen Feldmaschine zurück, welche die Frauenarbeit auf dem Lande überflüssig macht. Redner kommt über die Einleitung zu seinem Vortrage nicht hinaus und der Vorsitzende macht ihn daher darauf aufmerksam, daß seine Redezeit abgelaufen sei. Der Redner meint: Mit dieser Garotte um den Hals kann man nichts machen! und tritt von der Tribüne ab. (Große Heiterkeit.)

Die nächste Rednerin ist Frau Clara Zetkin aus Stuttgart. Sie tritt mit großer Verve gegen den Antrag Dr. Wiart's auf. Erst eine ökonomisch unabhängige Frau werde dem Manne mehr als das Weib sein und ihre Kinder zu Vollmenschen erziehen können. Wenn wir Socialisten die Macht hätten, wir wollten bessere Gesellschaftszustände schaffen. Heute fordern wir nur die Beschränkung der wirthschaftlichen Ausbeutung. Der Conflict der Frau, die Frage, wie weit gehöre ich der Welt, wie weit dem Hause, ist der schlimmste für die Frau, für die das Mutter sein kein Zufall oder gar ein unangenehmer Unfall und die Berufsarbeit kein Spielzeug, eine andere Form des geschäftigen Müssigganges ist. Aus diesem Conflict erwachsen ihr die größten Schmerzen, aber auch die größte Kraft, den Kindern mehr zu sein als die einseitige Frau. Wir begreifen sehr gut, daß die Anhänger der anderen Richtungen erschreckt sind, wenn sie es jetzt am Horizont flammen sehen, denn sie wissen, es ist das Anzeichen der Götterdämmerung einer alten Welt. Für uns ist es die Morgenröthe einer neuen Zeit; wir stürmen ihr nicht entgegen als blinde Bacchanten welche die Schäden der Uebergangszeit nicht beachten, sondern wir sind wie die anderen, bereit, in ehrlicher Arbeit diese Schäden zu mildern. Aber unser Ideal liegt nicht in der Vergangenheit sondern in der Zukunft, unsere Losung kann nicht sein: zurück sondern vorwärts. (Minutenlanger begeisterter Beifall, an dem sich auch die zahlreichen Studentinnen auf den Tribünen betheiligen.

Professor Dr. Scheicher-Wien: Wenn das Bild der Zukunft wirklich so schön wäre, wie die Vorrednerin es ausgemalt hat, so brauchten wir uns erst nicht lange zu streiten. Aber ich glaube an dieses Zukunftsbild nicht. Durch die allgemeine Gleichstellung würde die Frau nichts gewinnen, die Gesellschaft aber ganz gewiß dabei verlieren. Ich werde dem Antrag de Wiart zustimmen, welcher es ermöglichen soll, die Frau wieder der Familie zuzuführen. Das Christenthum muß dabei helfen. Würde es überall beobachtet, so würde bald der Wunsch des Papstes erfüllt sein, daß, wer seine körperlichen und geistigen Kräfte anstrengt, auch in die Lage kommen muß, anständig zu leben und eine Familie anständig zu ernähren. Durch die Emancipation würde die Frau der Familie entzogen. Die Frauen wollen Politik treiben. Gut! Aber die Familie ist doch schließlich nur das Abbild des Staates eines Gemeinwesens und in jedem Staate muß es einen Minister des Aeußeren und einen Minister des Inneren geben. Die Frau sei der Minister des Inneren. (Große Heiterkeit.) Es geht im Staate auch nicht an, daß plötzlich der Minister des Inneren die Rolle mit dem Minister des Aeußeren vertauscht. (Heiterkeit.) Die schönste Erinnerung, die ich habe, ist die an meine Mutter, an die Jahre, wo ich von ihr geleitet und erzogen wurde (Lebh. Beifall), und ich bedauere die Proletarierkinder, daß sie in diesem Sinn keine Mutter haben. Auch ich achte die Frau hoch und protestire dagegen, daß es mir einfallen könnte, sie herabzuwürdigen. Sie thun nichts Gutes, wenn Sie den Antrag Wiart ablehnen. Zu thun wird die Frau immer haben, auch wenn sie ihr die Fabrik verschließen. Geben wir sie dem Mutterberufe zurück. Denken wir an die schönste Zeit des Lebens, wo wir unter den Flügeln der Mutter unseren Unterricht zu Hause empfangen haben. (Lebhafter Beifall.)

Frau Baronin Vogelsang-Wien tritt für das Recht des Kindes auf die Anwesenheit der Mutter im Hause ein. (Beifall.)

Pernerstorfer-Wien: Wir Socialdemokraten halten die Frau nicht für ein geistig niedriger stehendes Wesen, das in Abhängigkeit erhalten werden muß. Wir in Oesterreich haben auch gar keinen Grund, auf die Frauen hochmüthig herabzusehen, denn die von Männern gemachte Politik ist keine gute. Selbst Herr Professor Scheich würde wohl gegen ein paar intelligente Frauen im Parlamente nichts einzuwenden haben. In Oesterreich ist die Frau allein auf die Socialdemokratie angewiesen. So tief stehen bei uns die bürgerlichen Parteien. Ich gehöre zu denen, die aus proletarischen Kreisen stammen und denke auch an meine Mutter. Aber wenn ich es thue, Herr Professor Scheich, dann steigt eine Blutwelle in mir auf gegen ein System, welches die arme Wittwe in Noth und Sorge zurückgelassen hat. Ob die Mutter den Kindern durch die Fabrik genommen oder, wie mir meine Mutter, durch 16—17stündige Hausarbeit, das ist wohl gleich. Wir wissen, daß wir nicht durch Abstimmungen auf diesem Congreß siegen. Wir werden siegen durch den unaufhaltsamen Gang der Entwickelung, nicht bloß durch die Macht der von uns vertretenen Interessen, sondern auch durch die auf diesen Interessen sich aufbauenden großen Ideen und Gefühle. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Es sind noch fünfzehn Redner eingezeichnet.

Beschlossen wird, von jeder Richtung einen Generalredner reden zu lassen, Decurtius und Bebel.

Decurtius verlangt, daß das Loos darüber entscheiden solle, wer zuerst das Wort zu erhalten habe, erklärt sich aber schließlich bereit, als erster zu sprechen, als ihn der Vorsitzende darauf aufmerksam macht, daß bisher immer abwechselnd von beiden Parteien die Redner aufgetreten wären und zwar als letzter Pernerstorfer.

Decurtius: Frau Zetkin hat von der Götterdämmerung gesprochen und den heulenden Feeriswölfen, die den Weltuntergang der Bourgeoisie begleiteten. Die Feeriswölfe, die die Cultur zerstören wollen, die suchen Sie wo anders, nicht in diesem Saale. Auch wir wollen eine bessere Weltordnung schaffen, aber uns ist die Familie heilig. Heute sind schattenhaft die Endziele der Parteien hervorgetreten, und wer wollte leugnen, daß uns eine Kluft da trennt. Ein weites Stück des Weges zu einer besseren und gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, die auch wir für schädlich halten, gehen wir gemeinsam. (Bravo!) Wir wollen das Kind von der Fabrik fernhalten, wir wollen dem Arbeiter die Sonntagsruhe geben, damit der Mensch einen Tag habe, wo er aufrechten Hauptes einherschreiten kann; wir wollen Schutzgesetze für den erwachsenen Arbeiter. Dies Bewußtsein wird verhindern, daß der Ton bei dieser Debatte bitter und die Erinnerung daran trübe wird. (Beifall.) Was uns trennt ist das Folgende: Wir wollen die Familie erhalten (Bravo!), wir fassen sie nicht als etwas historisch Gewordenes auf. Wir glauben, da, wo die Menschheit begann, da war auch die Einehe da. (Bravo!) Man weist auf die wilden Völkerschaften. Aber wir meinen, daß sie in der Decadenz sind, wenn sie die Form der Einehe nicht haben. Für uns ist die Familie eine absolute, für Sie eine historische Categorie. Vieles ward versinken, auch die bürgerliche Gesellschaft, nur eines versinkt nicht, das ist die Einehe! (Stürmischer Beifall.) Ein Denker, der allein neben Marx genannt werden kann, Rodbertus, hat die Familie den Jungbrunnen der Völker genannt. Sie wird es bleiben. Herrliche Völker des Alterthums sind verschwunden im Völkermeere ... wir kennen kein christliches Volk, das verschwunden ist. Selbst das vielverfolgte Polen lebt. (Bravo.) Die Zeiten haben sich geändert und Ihre Auffassung von den Dingen auch. Marx nennt es im „Capital" ein Hauptverbrechen des Capitalismus, daß er die Frau aus der Familie gerissen und als Lohndrückerin in die Industrie getrieben hat. Und lesen Sie Engels „Lage der arbeitenden Klassen", ein Buch, dessen herrliche Sprache ich mit der eines alten Epos vergleiche. Was verlangten Ihre großen Führer? Die Frau muß ins Haus zurück. Was Sie vor zwanzig Jahren von der Bourgeoisie forderten, das wollen Sie jetzt nicht haben! (Bravo!) Die Familie bleibt die gesunde Grundlage jedes Staates. Auch uns schwebt ein Zukunftsbild vor, eine Gesellschaft, wo der Lohn des Mannes reichlich genügt, die Familie zu erhalten, wo die Karyatiden der Gesellschaft die culturellen Güter nicht nur erzeugen, sondern sie mit genießen (Stürmischer Beifall.), wo jeder Arbeiter Zeit zum geistigen Genusse hat. Ich würde ihm da die „Nachfolge Christi" in die Hand geben, Vandervelde vielleicht eine Schrift Combe's, der eine würde Lessing, der andere ein christliches Erbauungsbuch. Ein edles Ideal ist die Familie, die Bürgschaft großer und schöner Cultur. (Bravo!) Der Arbeiter, Mann und Weib, umringt von Kindern, das ist unser Ideal, unser Frühlingsanfang einer neuen Welt! (Stürmischer, mehrfach wiederholter Beifall)

Von gleichem Beifall empfangen, erwidert Bebel: Meine Damen und Herren! Wenn ein Zuhörer in diesem Saale anwesend wäre, der nur hier die Reden Decurtius und seiner Freunde gehört hätte, er müßte nothwendig zu dem Glauben kommen, daß man auf der einen Seite die Familie erhalten will, während wir sie zu zerstören suchten. (Sehr richtig!) Selbstverständlich hat das kein Redner der Gegenseite offen ausgesprochen. Aber die ganze Frage hat sich principiell zugespitzt und klar und deutlich hat sich der meerestiefe Abgrund aufgethan, der zwischen den beiden Richtungen hier besteht und der durch keinerlei Compromiß ausgetilgt werden kann. (Bravo!) Aber so tiefe Differenzen uns trennen, so können wir doch bis zu einem gewissen Punkte nebeneinander hergehen, um Manches zu erreichen, von dem ich hoffe, daß es segensreich für die Arbeiterklasse wirken wird. Es ist mir meiner Natur nach unmöglich, mich auf das Gebiet des Gefühls zu begeben, von dem Decurtius aus gesprochen hat. Aber, m. H., wir stehen nun einmal auf dem Boden der harten Thatsachen, die wir zu beseitigen nicht im Stande sind. In der Frage der Frauenarbeit tritt der Gegensatz der Weltanschauungen scharf hervor. Auch jene Herren sind Feinde der capitalistischen Productionsweise, sie suchen ihre Uebelstände nach Möglichkeit abzustumpfen und sie in ihrer Entwickelung zu hemmen und zurückzuzwingen. Sie suchen eine kleinbürgerliche Gesellschaftsordnung an die Stelle der heutigen Ordnung zu setzen. (Lebhafter Beifall.) Wir aber suchen die Entwickelung der heutigen Gesellschaft nicht zu unterdrücken, sondern sie zu einer höheren Stufe, zur socialistischen Gesellschaftsordnung, zu bringen. Sie glauben nun, die Axt an die Wurzel der capitalistischen Gesellschaft dadurch zu legen, daß sie die Frauenarbeit aus der Großindustrie bringen. Und nicht nur aus der Großindustrie. Decurtius hat gestern gesagt, daß sie Gegner der gewerblichen Frauenarbeit überhaupt seien. Ihr Ziel ist die Wiederherstellung einer in der Vergangenheit liegenden Gesellschaftsordnung. So wenig Sie Eisenbahnen, Telephon, Telegraph und Dampfmaschinen beseitigen können, so wenig die capitalistische Großproduction und in ihrem Gefolg die Frauenarbeit! (Sehr richtig!) Es ist sehr charakteristisch, daß Sie der Frau die Fabrikarbeit verbieten, sie aber in der Hausindustrie und in der Landwirthschaft lassen wollen. Wenn ich zu wählen hätte zwischen achtstündiger Fabrikarbeit und sechszehnstündiger Hausarbeit, dann würde ich der Fabrikarbeit den Vorzug geben. (Lebhafter Beifall.) Was wird durch Ihren Antrag erreicht? In Deutschland sind $^3/_4$ Millionen, in England 3—4 Millionen Frauen in der Großindustrie thätig. Vertreiben Sie sie aus den Fabriken, so führen Sie hunderttausende der Prostitution in die Arme. Das wollen Sie nicht, das wird aber die Folge sein. Was soll aus den Wittwen werden, was sollen die Frauen arbeitsloser Männer oder die Frauen liederlicher Patronen anfangen? Wenn Sie diese praktischen Fragen nicht beantworten können, dann müssen Sie Ihren eigenen Antrag ablehnen! (Stürmisch wiederholter Beifall und Händeklatschen.)

Der Antrag De Wiart wird hierauf mit 165 gegen 93 Stimmen abgelehnt. — Die Specialberathung der Anträge findet Nachmittags statt.

Arbeiterbewegung.

In der Korbwaarenfabrik von Schlesinger in Berlin sind die Differenzen beigelegt. Bei der Firma Schmidt u. Co. ist der geforderte Lohnzuschlag bewilligt worden.

In der Bergedorfer Stuhlrohr-Fabrik dauert der Ausstand noch immer fort. Herr Sieverts hat weitere Verhandlungen abgelehnt.

In Aschaffenburg hat ein Theil der Tischler die Arbeit eingestellt.

Ueber den Maurerstreik in Leipzig wird mitgetheilt. Die Unternehmer mit ihrem Bauarbeitgeber-Bund haben von Neuem beschlossen, auf die Forderungen der Streikenden nicht einzugehen. Das Streikcomitee ist noch in Haft.

In Köln am Rhein haben die Hutmacher der Konen'schen Damenhut-Fabrik die Arbeit eingestellt, weil der Unternehmer früher gemachte Zugeständnisse nicht mehr einhalten will.

In München hat sich die Zahl der wegen Ablehnung des Innungstarifs ausgesperrten Schuhmacher nach der letzten Meldung der „Münchener Post" auf 118 erhöht.

In einem schweren Lohnkampfe stehen schon lange die Möbeltischler **Lübecks**. Mit jener Halsstarrigkeit, die das hanseatische Unternehmerthum auszuzeichnen scheint — wir erinnern nur an den großen Hamburger Hafenarbeiterstreik und an den Streik in den Thiel'schen Emaillirwerken zu Lübeck — lehnen die Möbelfabrikanten jedes Zugeständniß ab. Dagegen versuchen sie jetzt die Behörden in diesen wirthschaftlichen Kampf hineinzuziehen. Unser Bruderblatt, der Lübecker „Volksbote", schreibt darüber: Sechs hiesige Möbelfabrikanten haben gegen das Streikcomitee der Möbeltischler, sowie den Redacteur und Verleger dieses Blattes (des „Volksboten") Civilklage vor dem hiesigen Landgerichte erhoben. Sie beantragen, die Beklagten zu verurtheilen, und zwar bei Vermeidung einer gegen jeden von ihnen sofort zu vollstreckenden angemessenen Haftstrafe oder Geldstrafe für jeden Zuwiderhandlungsfall, die Veröffentlichung jeglicher Annoncen im Lübecker „Volksboten" oder einer sonstigen Druckschrift, durch die dritte Personen aufgefordert werden, den Zuzug von Arbeitern nach den Fabriken der Kläger fernzuhalten oder Arbeiter selbst ferngehalten werden, zu unterlassen.

Die Ferien-Civilkammer des Landgerichts hat auf Antrag die Einlassungsfrist auf 14 Tage abgekürzt und die Sache zugleich als Feriensache bezeichnet! Ein derartiges Verfahren, so fügt unser Bruderblatt hinzu, ist unseres Wissens bisher noch nicht dagewesen. Der Termin ist auf den 10. September, Morgens 11 Uhr angesetzt. Die Angelegenheit dürfte in der ganzen Culturwelt berechtigtes Aufsehen erregen.

In Wien droht der Feilenhauerstreik, der sich vorläufig auf einige Firmen erstreckt, ein allgemeiner zu werden. Die Arbeiter verlangen vor allem die Zurücknahme der Maßregelung ihrer Vertrauensleute.

Vom Budapester Bauarbeiter-Streik wurde gestern nach telegraphischen Meldungen berichtet, daß Verhandlungen angeknüpft seien. Die heute eingetroffene Wiener „Arbeiter-Zeitung" weiß davon nichts zu berichten; nach ihr sollen im Gegentheil für nächste Woche noch weitere Ausstände zu erwarten sein. Gegen 6000 Zimmerleute und 3000 Bautischler beabsichtigen, ebenfalls zu streiken.

In Christiania ist ein Streik der Malergehilfen zum Ausbruch gekommen.

Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1896. Der soeben erschienene Jahresbericht der General-Commission stellt fest, daß die Gewerkschaften im vorigen Jahre den bisher höchsten Mitgliederstand erreichten und daß nach dem, was bis jetzt über die Entwickelung der Organisationen bekannt ist, auch im Jahre 1897 eine Mitglieder-Zunahme zu verzeichnen sein wird.

Am Schluß des Jahres 1895 bestanden 50 Centralverbände. Von diesen hat sich der Verband der Korbmacher dem Holzarbeiterverbande, der Verband süddeutscher Müller dem Müllerverbande und der Verband der Seiler dem Textilarbeiterverbande angeschlossen. Neu gegründet wurden die Verbände der Gasarbeiter und der Werftarbeiter, so daß 1896 am Schluß des Jahres 49 Verbände bestanden. Für das laufende Jahr sind jedoch wieder Aenderungen in dem Bestand der Organisationen eingetreten und Verbände gegründet worden der Eisenbahner, Graveure, Handelshülfsarbeiter und Handlungsgehülfen.

Soweit die Generalcommission ermitteln konnte, beziehentlich soweit ihr Angaben gemacht wurden, betrug bei den Centralverbänden die Zahl der Mitglieder insgesammt 322,896 Personen, was 5,73 Procent der in den betreffenden Gewerben beschäftigten 5,637,315 Personen bedeutet. Unter den Mitgliedern befanden sich 12,355 Arbeiterinnen = 1,42 Procent der beschäftigten Arbeiterinnen. Das Procentverhältniß der organisirten Arbeiter betrug 6,44. Außerdem sind noch 5558 Arbeiter in Localvereinen organisirt. Die Jahreseinnahme für Vereinszwecke betrug bei den Verbänden zusammen 3,[illegible]6,577 Mark, die Jahresausgabe 3,2[illegible],578 Mark, der Kassenbestand 2,5[illegible]8,745 Mark. Von den auf Grund des Vertrauensmänner-Systems centralisirten Organisationen sind die der Gemeindegehilfen und der Handelshilfsarbeiter genannt; erstere mit 1554 Mitgliedern (von 2[illegible]8,152 Beschäftigten), 15,[illegible] Mark Einnahme, 14,[illegible] Mark Ausgabe und 1[illegible] Mark Kassenbestand; letztere mit 4750 Mitgliedern (von 175,[illegible] Beschäftigten), [illegible] Mark Einnahme, 25,5[illegible]9 Mark Ausgabe und 12,[illegible]72 Mark Kassenbestand.

Für Streiks wurden von allen diesen Organisationen zusammen 5[illegible],955 Mark im eigenen Beruf und 55,[illegible] Mark zur Unterstützung kämpfender Arbeiter anderer Berufe ausgegeben. Die übrigen Ausgaben vertheilen sich wie folgt: Agitation 1[illegible] Mark, Gemaßregelten-Unterstützung 37,546 Mark, Reiseunterstützung 31[illegible],[illegible] Mark, Arbeitslosen-Unterstützung 2[illegible] Mk., Kranken-Unterstützung 43[illegible],[illegible]35 Mk., Invaliden-Unterstützung 57,[illegible] Mark, Sterbegeld, Umzugskosten und Hülfe bei besonderen Nothfällen 55,[illegible]57 Mk., Verwaltungskosten: Gehalter [illegible],[illegible]54 Mk., Verwaltungsmaterial [illegible],[illegible]15 Mk., Conferenzen und Generalversammlungen [illegible],[illegible]54 Mk., Beitrag an die Generalcommission 37,[illegible] Mk., Rechtsschutz 4[illegible]7 Mk.; sonstige Ausgaben [illegible] Mk. Den Hauptstellen verblieben von den Beiträgen 4[illegible] Mk.

Auf Vollständigkeit machen alle diese Angaben natürlich keinen Anspruch; immerhin genügen sie, um zu zeigen, daß die deutschen Gewerkschaften bereits [illegible] leisten.

Gerichtliches.

Zur Sicherung für die Miethszahlung hatte sich ein hiesiger Hausbesitzer von seiner Mietherin, die es mit der Zahlung der Miethe nicht eilig hatte, eine ihr gehörige Nähmaschine „verpfänden" lassen, an der er sich für alle Fälle schadlos halten sollte. Die Verpfändung hatte schon im Jahre 1894 stattgefunden, worüber sogar ein schriftlicher Vertrag zwischen dem Vermiether und der Miethsfrau abgeschlossen worden war. Im Jahre 1896 verkaufte die letztere ein Stück nach dem andern, und als nun der Vermiether wegen eines Miethsrückstandes sein Pfandrecht geltend machen wollte, hatte auch die Nähmaschine schon ihren Herrn gefunden. Die Näherin stand nun dieser Tage wegen [illegible] Eigenthumes vor Gericht, wo der Staatsanwalt, da alle thatsächlichen Voraussetzungen für die Anklage vorlagen, zwei Monate Gefängniß gegen die Angeklagte beantragte. Der Gerichtshof erkannte aber auf Freisprechung, indem er annahm, daß nach dem allgemeinen Landrecht gar kein giltiges Pfandrecht vorgelegen habe. Ein solches wäre nur dann vorhanden gewesen, wenn der Vermiether die Nähmaschine als Pfand in seinen Besitz genommen hätte. Auch hätte er sich dadurch sichern können, daß er die Maschine als Eigenthum erworben, also gekauft und sie der Miethérin zur Nutznießung überlassen hätte. Weder das Eine noch das Andere sei erfolgt, und da es nach dem bürgerlichen Recht Hypotheken nur auf unbewegliche, nicht aber auf bewegliche Sachen gäbe, so läge eben kein giltiges Pfandrecht vor. Auch der § 289 des gewöhnlichen Miethspfandrechts sei hier nicht anwendbar, da es hierzu an den erforderlichen thatsächlichen Voraussetzungen fehle.

Kleine Rundschau.

Die Kalmücken bei der Parade. Auf Befehl des Kaisers werden die männlichen wie die weiblichen Mitglieder der zur Zeit im Berliner Zoologischen Garten weilenden „Kalmückenhorde" der am Sonnabend stattfindenden großen Herbstparade als Zuschauer beiwohnen. Ein hierauf bezügliches Schreiben von dem Generalcommando des Gardecorps ist dem Führer der Truppe, Herrn Eduard Gehring, bereits vor einigen Tagen zugegangen und zwar mit dem Vermerk, daß die Aufstellung der asiatischen Zuschauer von dem Commandanten von Berlin auf dem Paradefelde geregelt wird.

Flucht eines Krüppels. Aus Stettin wird gemeldet: An Bord des Dampfers „Swinemünde" befand sich auf der Fahrt von Swinemünde nach Stettin ein Aufseher mit einem Gefangenen, der in das Stettiner Gefängniß gebracht werden sollte. Es war ein alter Landstreicher, ein Krüppel an Krücken. Auf dem Haff warf der Gefangene seine Krücken bei Seite und schwang sich über Bord, anscheinend, um ein in der Nähe befindliches Fischerboot schwimmend zu erreichen. Er verschwand bald in den starken Wellen, an eine Rettung konnte nicht gedacht werden.

In Waltershausen in Thüringen ist Donnerstag Vormittag ein verheerendes Großfeuer ausgebrochen, das bis zur Mittagsstunde schon 14 Wohnhäuser in Asche gelegt haben soll. Die Löscharbeiten werden durch den herrschenden Wassermangel sehr erschwert.

Durch Umfallen einer Kerze entstand auf dem nahe bei Aachen gelegenen Gute Wiesenthal in dem Zimmer, in welchem die Leiche der Rentnerin Gerke aufgebahrt war, Feuer, das so rasch um sich griff, daß der Sarg und die Leiche der Rentnerin zum großen Theil vernichtet wurden.

Ein neues Touristenunglück. Vom Piz Beverin (südwestlich von Thusis in Graubünden, 3000 Meter hoch) ist am Mittwoch ein österreichischer Tourist Haslacher abgestürzt. Er wurde Abends schwer verwundet zu Thal gebracht.

Fünf Kinder verbrannt. Aus Szegedin kommt die Kunde von einem entsetzlichen Unglück, dessen Schauplatz die Ortschaft Alt-Sziras gewesen ist. Fünf Kinder waren dort mit Rösten von Mais beschäftigt. Plötzlich fing die Hütte, in der sie saßen, Feuer. Sie flüchteten in einen Strohschober, in wenigen Augenblicken aber stand auch dieser in Flammen, und die Kinder, vier Knaben und ein Mädchen, verbrannten zu Asche. Die Väter arbeiteten auf dem Felde. Als sie den Flammenschein bemerkten, eilten sie nach Hause, und der Eine von ihnen, als er sah, daß seine zwei Kinder verbrannt waren, stürzte sich aus Verzweiflung in die Flammen; er konnte jedoch gerettet werden.

Eine türkische Amazone. Die Blätter Salonichis erzählen: Im hiesigen Militär-Spitale befand sich auch der Soldat Mehemet Krasse, der in der Schlacht von Domokos am Fuße schwer verwundet wurde. Dem behandelnden Arzte war schon längst das sonderbare Benehmen dieses bartlosen Soldaten aufgefallen, und er ließ ihn daher scharf überwachen. Man entdeckte nun, daß der Verwundete eigentlich ein Mädchen sei. Dasselbe gestand dann ein, Chadidje Hanum zu heißen und aus der Stadt Saruchan zu stammen. Das Mädchen war als Mann verkleidet und in den Krieg gezogen, um für den Koran kämpfen zu können.

Rittmeister Berschko Boitschew [illegible] aus Sofia vorliegenden Berichten [illegible] Verurtheilung zu lebenslänglicher Kerkerstrafe in seinem „Gefängniß" [illegible]. Die ganze Kerkerstrafe besteht darin, daß er [illegible] nicht ausgehen darf. Er empfängt aber Besuche, so oft er will, [illegible] für sein eigenes Geld und in bester Laune. Er [illegible] in der Kerkerzelle zu [illegible] Zimmer im [illegible]; des Nachts [illegible] seinem [illegible] [illegible] noch [illegible] und als [illegible] [illegible] des [illegible] sollte, [illegible] [illegible] „[illegible]" [illegible] [illegible] Boitschew [illegible] Würden [illegible], daß die [illegible] Militärgericht [illegible] in [illegible].

Aufgebraucht. Der [illegible] mit 2000 Tonnen [illegible] im [illegible]. Nähere Angaben fehlen.

Aus dem neuen Goldlande. Die „[illegible]" meldet aus New-York: [illegible] aus Alaska [illegible] [illegible] [illegible] 1½ Millionen Dollar Gold [illegible]. Das Goldfieber [illegible] bereits.

Versammlungsberichte.

Das Gewerkschaftscartell [illegible] am Donnerstag den [illegible] August eine Sitzung [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible]

Die Agitation in den Gewerkschaften Breslaus.

[illegible] Versammlungen [illegible] Lebens in den Mitglieder-Versammlungen und Vereins-Abenden der Gewerkschaften sehr nothwendig sei. Es sei gewiß kein Zeichen gesunder Zustände, wenn in diesen Zusammenkünften nicht selten ernste Besprechungen wenig oder gar nicht an der Tages-Ordnung sind, um so mehr aber allerhand Spielereien, die wahrlich nicht zur Bildung und Schulung der Mitglieder beitragen. Nicht minder bedauerlich sei die Thatsache, daß manche Gewerkschaften oft im Jahre nicht eine einzige öffentliche Versammlung einberufen und die Agitation arg vernachlässigen. So wünschenswerth die Gründung neuer Organisationen auch erachtet werden müsse, viel dringlicher wäre die Hebung der bestehenden Vereinigungen und das Gewerkschaftscartell sollte seinen ganzen Einfluß dahin geltend machen. Wenn Gleichgültigkeit, Lauheit und Trägheit einerseits einer raschen Ausdehnung der Gewerkschaften entgegenstehen, so bilde auf der anderen Seite die Localfrage ein nicht zu unterschätzendes Hinderniß für ihre Entwickelung. Es fehle vielfach an geeigneten Localen zur Abhaltung von Versammlungen; aber auch daran wären die Arbeiter häufig selbst schuld. Zum Schluß wurde auf die Arbeiterpresse und ihre Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung hingewiesen. So nothwendig wie die Agitation von Mund zu Mund sei die Unterstützung und Verbreitung der Arbeiterpresse; sie wirkt ganz besonders aufklärend und erweise sich dadurch mit als die beste Waffe im Kampfe der Arbeiter um eine bessere Existenz; sie zu unterstützen und zu verbreiten gehöre deshalb auch zu den unerläßlichen Pflichten jedes klassenbewußten Arbeiters. Die Versammlung nahm schließlich folgende Resolution einstimmig an:

„Das Gewerkschafts-Cartell ist der Ansicht, daß die Agitation in den Gewerkschaften Breslaus noch energischer wie bisher unbedingt zu betreiben ist, denn nur, wenn Organisationen stark und kampfesfähig sind, können sie ihre Aufgabe: Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, erfüllen."

Dem Vorstande des Gewerkschafts-Cartells wurde aufgetragen, die geeigneten Maßnahmen hinsichtlich der Agitation in den Gewerkschaften zu treffen. Nachdem noch eine Kranzspende für Ferdinand Lassalle beschlossen war, erreichte die Versammlung um 11 Uhr ihr Ende.

Sociale Uebersicht.

Arbeiterrisiko. Die „Statist. Corr." theilt die Verunglückungen beim Bergwerksbetriebe in Preußen für 1895 mit. Es ergiebt sich daraus Folgendes:

Die unter Aufsicht der Bergbehörden stehenden Bergwerksbetriebe des preußischen Staates beschäftigten 1895 im Ganzen 377,767 Arbeiter. Von diesen verunglückten tödtlich 842 gleich 2,28 vom Tausend, d. h. je einer von 448 Mann, während im Durchschnitte der vorhergehenden 27 Jahre (1867 bis 94) jährlich 667 Mann = 2,40 vom Tausend, d. h. je einer von 417 Arbeitern, um's Leben gekommen sind. Am gefährlichsten erscheint der Betrieb des Steinkohlen-Bergbaues. Bei demselben waren 1895 272,453 Arbeiter beschäftigt, von denen 692 = 2,54 vom Tausend, d. h. je einer von 394 Arbeitern, durch Verunglückung das Leben verloren, gegen 517 Mann = 2,84 vom Tausend, d. h. je einen von 352 Arbeitern im Durchschnitte der Jahre 1867—94. Bei der Gewinnung der Braunkohle sind die tödtlichen Verunglückungen geringer gewesen. Von den 30,432 beschäftigten Arbeitern endeten 64 = 2,10 vom Tausend, d. i. je einer von 476 Mann, gegen 49 Mann = 2,25 vom Tausend, d. i. je einen von 445 Mann im 27jährigen Durchschnitt von 1867—94, durch Verunglückung. Ein fast gleiches Bild zeigt der Betrieb des Bergbaues auf Mineralsalze und Steine. Von 11,995 Arbeitern verunglückten tödtlich 23 = 1,92 vom Tausend, d. i. je einer von 522 Mann, gegen 16 Mann = 1,79 vom Tausend, d. i. je einen von 557 Mann, im Durchschnitt der Jahre 1867—94. Der Erzbergbau zeigt die geringste Verunglückungsziffer; denn auf 62,887 bei ihm beschäftigte Arbeiter entfallen nur 63 Verunglückte = 1,00 vom Tausend, genauer je einer von 998 Mann, gegen 85 Arbeiter = 1,30 vom Tausend, d. i. je einer von 769 Arbeitern im mehrerwähnten Zeitabschnitte.

Literatur.

„Sociale Praxis, Centralblatt für Socialpolitik." Die neueste Nummer 48 enthält folgenden leitenden Aufsatz: Die Socialpolitik auf der Leipziger Gewerbeausstellung. — Die Parteien in Selbstbezeichnungen: Der Anarchismus in Deutschland. Von W. Sombart. — Allgemeine Social- und Wirthschaftspolitik: Interparlamentarische Friedensconferenz — Besteuerung fremdländischer Arbeiter in Pennsylvanien. — Deutsche Centralstelle für die Vorbereitung von Handelsverträgen. — Politische ABC-Bücher 2c. der deutschen Parteien. — Communale Socialpolitik: Städtische Wärmehallen. Von Stadtrath Tiessen. — Sociale Zustände: Lage des württembergischen Eisenbahn-Personals. Verhandlungen der württembergischen Kammer. — Arbeiterbewegung: III. Internationaler Textilarbeiter-Congreß. — Arbeiterschutz und Gewerbeinspection: Bauarbeiter-Schutz in Hannover. — Schwierigkeiten der Gewerbeinspection in Elsaß-Lothringen. — Erziehung, Schule, Volksbildung: Volksthümliche Hochschulkurse. Gutachten und Neueinrichtungen. — Schulzustände im preußischen Osten. — Literarische Neu-Erscheinungen.

Standesamtliche Nachrichten.

Eheschließungen. III. Arbeiter Paul Heinisch mit Johanna Emich[illegible], geb. Scholz. — Schuhmacher Ignatz Glombik mit Elisabeth Bär — Handelsmann Julius Kirschner mit Dorothea Ale[illegible]. — Tischler Arthur Milde mit Emilie Brauer. — Restaurateur Paul Hummler mit Rosalie Hermann. —

Geburten. II. Metalldreher August Handlos, T. — [illegible] Reinhold Sommer, Sohn. — Schuhmacher Gustav Werner, T. — Brauer Carl Bell, T. — Zahntechniker Max Böwig, T. — Schuhmacher Ernst Glatz, T. — Bureau-Vorsteher Paul Böhm, S. — Hausdiener Philipp Nolte, T. — Schuhmacher Carl Scholz, T. — III. Fabrikarbeiter Johann Woschnik, T. — Handschuhmacher August Schubert, T. — Tischler Hermann Klein, T. — Arbeiter Franz Stumpf, S. — Arbeiter Paul Heide, Sohn. — [illegible] August Jacobi, Tochter.

Todesfälle. I. Hermine, T. des Dachdeckers August Fuhrmann, 1 J. — Arbeiterwittwe Rosalie Trespe, geb. Anders, 63 J. — Hermann, Sohn des Arbeiters Johann Wotek, 3 J. — [illegible]wittwe Pauline Hentschel, geb. Benjamin, 43 J. — Helene, T. des Arbeiters Wilhelm Baum, 3 Tage — Gertrud, T. des Klempners Georg Scholz, 5 Monate. — Schneidergeselle Bernhard Jaguß, 71 J. — II. Bäckermeisterwittwe Auguste Pater, geb. Fischer, [illegible] J. — Fritz, S. des Dachdeckers Franz Perraich, 1 Mon. — Arbeiterwittwe Susanna Streich, geb. Namroth, 97 J. — Schneiderin Clara Adam, 24 J. — Tischlermeister Franz Kühnel, 5[illegible] J. — Destillateurwittwe Dora Schäfer, geb. Lippmann, 61 J. — Helene, T. des Arbeiters Paul Rebel, 7 Mon. — III. Adam, S. des Kutschers Gottlieb Deutsch, 5 Mon. — Richard, S. des Arbeiters Alfred Langner, 7 Mon. — Buchhalter Wilhelm Heinrich, 4[illegible] J. — Friedrich, S. des Arbeiters Gustav Seidt, 3 Mon. — Auguste, T. des verstorb. Maurers Wilhelm Magnus, 11 J. — Max, S. des Schuhmachers August Böhm, 4 Mon. — Arbeiter Julius Tschöcke, 5[illegible] J. — Kaufmann Carl Adler, 2[illegible] J. — Koch Georg Samuel, 22 Jahre.

Verantwortlicher Redacteur Carl Kerkisch; — [illegible] — Verlag von O. Schütz & Co.;
Druck von Th. Schatzky; — [illegible] in Breslau. — Expedition: Breslau.